

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Inhalt:

Die Kugel am Bein. — Praktische Arbeit der deutschen Sozialdemokratie in den Gemeinden. — Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907. — Die Allgemeine Arbeitsordnung der Stadt Heilbronn. II. — Das städtische Warftallamt zu Dresden. — Mißstände in Hannover. — Aus dem Lager der Gelben. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Kugel am Bein.

Seit zwölf Jahren führt unsere Organisation planmäßig und zielbewußt den Kampf um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die deutschen Gemeindearbeiter. Immer größer wird der Einfluß, den wir direkt oder indirekt auf die angewandte Sozialpolitik der deutschen Kommunen ausüben. In mehr denn hundert Gemeinden haben wir bereits festen Fuß gefaßt, und aus den früheren fervilen, ausgebeuteten und widerstandslosen städtischen Proletariern wird immer mehr eine gefestigte und geeinte Kollegenchaft, die sich selbst ihr Programm gegeben und die nicht ruhen wird, bis kleine wie große Kommunen sich dazu bequemen, für die städtischen Arbeiter eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten.

Aber die Widerstände von jener Seite sind bei weitem nicht überwunden. Besonders die mit öffentlichen Mitteln reich ausgestatteten Großstädte in Norddeutschland machen verzweifelte Anstrengungen, unseren Aufstieg zu hemmen und unsere Forderungen auf die lange Bank zu schieben.

Vor allem Berlin, des neuzeitlichen Reiches Haupt- und Residenzstadt. Hier setzte zuerst der Stein unserer Organisation an. Die Einheitslosigkeit der Stadtverwaltung trieb hier zuerst zu scharfen Konflikten mit den städtischen Arbeitern, die sich in spontan entstandenen Gasarbeiterstreiks entluden. Und bis auf den heutigen Tag ist die Konfliktsgefahr wohl nirgends so groß, wie in der mit Millionen von Betriebsüberschüssen gesegneten Metropole.

Das erklärt sich nicht etwa aus der ungewöhnlichen Begehrlichkeit der Berliner Kollegen, sondern aus der unglaublichen Müßiggangigkeit der kommunalen Verwaltung. Magistrat wie Stadtverordnetenmehrheit wetteifern förmlich in dem Bestreben, „die Privatindustrie nicht zu gefährden“, wie es im verblühten Ausbenterdeutsch heißt.

Ein geradezu klassisches Dokument für die sozialpolitische Kurzsichtigkeit war die Stadtverordnetenbesetzung vom 10. September dieses Jahres.

Zu knapper und eindringlicher Weise legte der sozialdemokratische Vertreter, Gen. Sassenbach, die Gründe dar, welche die Fraktion veranlaßt haben, den nachstehenden Antrag zu stellen:

„Die Unterzeichneten beantragen, den Magistrat zu eruchen, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Angestellten und Arbeiter nach beiliegenden spezialisierten Anträgen vorzunehmen und die dazu erforderlichen Mittel in den Etat 1909 einzusetzen.“

Der Redner wies auch besonders darauf hin, daß die vorliegenden „Anträge auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse für die in den Betrieben, den Bade- und Pflanzanstalten der Stadt Berlin beschäftigten Angestellten und Arbeiter“ in Gemeinschaft mit unserer Organisation sowie den in Betracht kommende Arbeiterausschüssen aufgestellt sind.

Hatte man in früheren Jahren bei diesbezüglichen Verbesserungsanträgen die schlechte Finanzlage als Ablehnungsgrund geltend gemacht, so war schon im vorigen Jahre ein erheblicher Ueberschuß zu verzeichnen, der vornehmlich aus den Betrieben der Stadt Berlin herausgewirtschaftet wird. Der Magistrat gab aber im Vorjahre auf die umfangreiche und wohlbegründete Eingabe der Berliner Ortsverwaltung sowie sämtlicher Arbeiterausschüsse die Antwort, daß er „zurzeit nicht in der Lage sei, in eine erneute Prüfung der Eingaben einzutreten“. Es wurde also anscheinend der bevorstehende Abschluß des Etats von 1907/08 vorgeführt, obwohl die Eingaben reichlich zeitig eingereicht waren. Eine „erneute“ Prüfung konnte auch insofern nicht in Frage stehen, als die Forderungen der Berliner Kollegen nach genereller Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse seit vielen Jahren vergeblich erhoben werden und überhaupt noch nicht ernstlich geprüft worden sind!

In diesem Jahre ist nun die Stadtverordnetenversammlung mit den so mißliebigen Arbeiterforderungen „beschäftigt“ worden. Dabei sind wir in den bescheidensten Grenzen geblieben mit unseren Forderungen.

Soweit die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt wurde, ist nur für die kontinuierlichen Betriebe der Achtstundentag, für die anderen Betriebe der Neunstundentag gefordert. Es waren aber noch Ausnahmen vorgesehen für das Wadepersonal (zehn Stunden); für das Pflanz- und Hauspersonal der Heilanstalten wurden sogar zwölf Stunden einschließlich zweistündiger Pausen zugestanden, allerdings unter gleichzeitiger Aufhebung des Vokationszwanges.

Auch bei der Neuregelung der Löhne war auf der Basis des Wochenlohnes nur ein Minimallohn von 4 Mk. täglich verlangt. Das haben in Deutschland bereits eine ganze Anzahl Gemeinden gewährt, und in Berlin sollte es nicht möglich sein?

Die fünfjährigen Lohnskalen würden in dem jetzigen Durcheinander endlich eine Einheitlichkeit schaffen, die es dem Magistrat ermöglichte, sich selbst ein Bild zu machen von den derzeitigen Lohnverhältnissen. Gegenwärtig

kennt sich wohl nicht ein einziger der ganzen Magistratschergen inklusive dem Herrn Oberbürgermeister auf diesem Gebiete völlig aus, wie zahlreiche Aussprüche dieser Herren beweisen.

Endlich war einer Gewährung von 50 Proz. Zuschlag für Ueberstunden, von 100 Proz. für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit das Wort geredet. Auch diese Forderung ist zum Teil bereits durchgeführt, in einigen anderen deutschen Kommunen glatt anerkannt.

Das alles legten die sozialdemokratischen Redner Cassenbach, Hünke, Zubeil und Borgmann in der überaus heftigen Debatte eingehend dar.

Und das Resultat?

Die Annahme des liberalen Antrages mit 63 gegen 32 Stimmen:

„In Erwägung, daß die Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter seitens der einzelnen Verwaltungsdeputationen und des Magistrats gemäß den Gemeindebeschlüssen und dem Etat zu erfolgen hat, daß ferner die Versammlung erwartet, daß der Magistrat wie bisher in geeigneten Fällen das Erforderliche zu veranlassen Bedacht nehmen wird, geht die Versammlung über den Antrag Augustin zur Tagesordnung über.“

Also ein notdürftig verflauschelter Uebergang zur Tagesordnung!

Herr Brunzlew von der Alten Linken eröffnete den Reigen zur „Begründung“ dieser rücksichtslosen Abwürgung unserer Anträge. Er wünschte die Behandlung solcher Fragen in den dafür eingesetzten Deputationen. Ueberhaupt trage man den Zuständen in der Privatindustrie und im Gewerbe mit seiner niedergehenden Konjunktur nicht Rechnung!

Dagegen erhob auch der sozialfortschrittliche Dr. Freuß energisch Einspruch. Er sagte den Nichtliberalen eine ganze Reihe unangenehmer Wahrheiten und trat für Ausschüßberatung der vorliegenden sozialdemokratischen Anträge ein. Mit Recht hob er hervor, daß bei den Beamten eine Extrabehandlung vorgenommen worden ist. Das soll nun bei den Arbeitern auf einmal nicht möglich sein. Es bleibe eben der Verdacht bestehen, daß die Herren von den Arbeiterforderungen nichts wissen wollen. Sehr richtig!

Herr Rosenow von der Neuen Linken predigte Geduld und erhofft eine Vorlage vom Magistrat. Auch er trat für den Uebergang zur Tagesordnung ein und erwartet von den Deputationen Vorschläge. Sein stilles Motto war: „Im Dunkeln ist gut Munkeln“, und als er mit seiner Verlegenheitsrede nicht mehr recht weiter kam, half ihm Genosse Adolf Hoffmann mit dem treffenden Zwischenruf: „Es ist schwer, sich herauszuwinden!“

Herr Cassel war, wie üblich, der freiwillige Magistrats-helfer und betonte die „formellen“ Bedenken. Ihm wurde vom Stadtv. Freuß ganz gehörig eins aufs Dach gegeben. Nun, er hat „den Mut seiner Ueberzeugung“ und ist ein „Verkanter“. Er läßt sich „nicht zwingen“. Die städtischen Arbeiter danken ihm für seine tätige Agitationshilfe. Wir möchten ihn nicht einmal missen, denn durch seine scharfmacherischen Ausführungen gehen manchem Kollegen die Augen auf!

Und der Magistrat?

Diesmal sprach nicht unser berühmte Fischbeck, sondern Kirchner selber. Saufte wie immer. Er klammerte sich an formalistische Bedenken, meinte, daß die Städteordnung (von 1853!) solche Regelungsvorschläge seitens der Stadtverordnetenversammlung nicht vorsehe und beteuerte sein gutes „Herz“ für die städtischen Arbeiter. Nun geben wir gern zu, daß Kirchner kein Scharfmacher ist. Noch weniger aber ist er ein Mann der Initiative auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik! Wenn von ihm die „freiwillig“ gewährte Pen-

sions- und Reliktenerhöhung (von 15 auf 20 Proz.) so hervorgehoben wurde, so können wir auch hierin nichts Außerordentliches finden, denn eine große Anzahl von Kommunen haben gleichzeitig mit den gesetzlich verbesserten Beamtenpensionen diese Verbesserungen für die Arbeiterpensionen vorgenommen.

Herr Kirchner möchte niemand wehe tun. Aber mit dieser leijetreterischen Verschwichungstaktik mag man sich als tüchtiger Diplomat fühlen und als solcher in gewissen Kreisen etwas gelten. Wir sind der Meinung, die Berliner Verwaltung erfordert an ihrer Spitze einen Mann, der sich auch gegebenenfalls gegen den ganzen schverfälligen Stadtbureaucratismus durchzusetzen weiß! Das vermüssen wir bezüglich der Arbeiterangelegenheiten wie überhaupt der sozialpolitischen Kommunalpolitik bei Herrn Kirchner!

Es wäre noch verlockend, auf die von Unkenntnis strotzenden Ausführungen der bürgerlichen Vertreter bezüglich der Arbeiterausschüsse einzugehen. Aber das ist oft genug an dieser Stelle geschehen. Man gebe uns Ausschüsse, wie wir sie programmatisch verlangen, dann wird sich weiter reden lassen.

Für einige Gruppen unserer Kollegen — wir denken dabei in erster Linie an die Straßenreinigung — sollten die Vorgänge im „Roten Hause“ nun wohl endlich dazu führen, sich frei zu machen von den Goldschmidt und Konforten, die über wohlberechtigte und bescheidene Forderungen der städtischen Arbeiter zur Tagesordnung übergeben.

Das Personal der Bade- und Pflegeanstalten aber sollte sich den engen Zusammenhang vor Augen halten, den es mit allen übrigen Kategorien städtischer Arbeiter und Angestellter hat. Dem einen, schier allmächtigen Arbeitgeber — die Stadtgemeinde — muß eine geeinte Arbeiterschaft gegenüberstehen.

Unsere Kollegen in Süddeutschland werden mit uns das Empfinden haben, daß die rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Reichshauptstadt eine Kugel am Bein für unsere gesamte Vorwärtsbewegung bedeuten. Solange sich Klein-, Mittel- und Großstädte auf die zurückgebliebenen Verhältnisse Berlins berufen können, ist der Kampf um Verbesserung unserer Lage nicht unerheblich erschwert!

Darum ist es Ehrensache unserer Berliner Kollegen, ihre Agitationskraft zu verdoppeln, alle Kräfte zusammenzunehmen und der rückständigen Sozialpolitik Berlins ein Ende zu bereiten. Hier kann nur gewerkschaftliche Selbsthilfe Wandel schaffen!

Auf ans Werk!

Praktische Arbeit der deutschen Sozialdemokratie in den Gemeinden.

Aus Anlaß des Nürnberger Parteitag erschienen die „Kommunale Praxis“ in einer 25seitigen Doppelnummer (37/38). Sie behandelt in der Hauptsache die Frage des Herausgebers Dr. Albert Südekum an zahlreiche Mitarbeiter aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands: „Welche Reformen erscheinen auf dem Gebiete der Gemeindepolitik am dringlichsten?“

Wir greifen aus dem überaus reichhaltigen Material, das die gesamte Kommunalpolitik aller Provinzen Deutschlands kritisch behandelt, einige Stellen heraus, die sich auf die Verhältnisse der städtischen Arbeiter beziehen. Wir finden hier von den berufenen sozialdemokratischen Gemeindevertretern durchweg bestätigt, was fortgesetzt von uns in Wort und Schrift unseren indifferenten Kollegen wie auch den zurückgebliebenen Stadtverwaltungen klargestellt worden ist; nämlich: die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter sind weit davon entfernt, vorbildlich

und mustergültig zu sein. Sie bedürfen dringend der Umgestaltung und Verbesserung im Sinne unseres Verbandsprogramms!

Einleitend bemerkt der Herausgeber: „Für die deutsche Sozialdemokratie gilt noch immer, ja heute noch mehr als je zuvor, die Wahrheit, die Vebel auf dem Parteitag zu Halle a. S. im Jahre 1890 in folgende Worte niederte: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht nur auf den Zukunftsstaat verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit dies auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu heben und zu verbessern. Auf diesem Standpunkt haben wir stets gestanden, auf ihn müssen wir fernere stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen wollen.“ In dem Zeitraum von beinahe zwei Jahrzehnten, die seit dem Halle'schen Parteitag verfloßen sind, hat die deutsche Sozialdemokratie eine erhebliche Menge praktischer Arbeit geleistet: im Reichstag, in den Landtagen und in den Hunderten von Gemeindevertretungen war sie unermüdet tätig, um das Los der Hinterbestimmten zu verbessern und die allgemeinen Volkswirtschaften zu fördern, und wenn sie nicht noch mehr leisten konnte, so lag das sicherlich nicht an ihr, sondern an dem gegläubigen Widerstand, auf den sie allerorten stößt.

Nirgends tritt die Bedeutung der praktischen Tätigkeit der Sozialdemokratie so klar hervor, wie in den Gemeinden. Dort, an der einzigen Stelle, wo unsere Vertreter sich in der Selbstverwaltung betätigen können, haben sie Miesleistungen vollbracht, eine Wirksamkeit entfaltet, die auch unsere erbittertesten Gegner nicht abstreiten können. Im kleinen, abgelegenen Bauerndorf wie in der Weltstadt, im Norden und Süden, im Osten und Westen hat sich die Partei unter unsäglichen Schwierigkeiten, dank dem Opfermut und der Ueberzeugungstreue ihrer Anhänger, Einfluß auf die Gestaltung der Gemeindeverhältnisse verschafft, scharfe Kritik geübt, mit Mißbräuchen unerbittlich aufgeräumt und fruchtbar Anregungen gegeben. Unsere Gegner wissen wohl, warum sie uns gerade in den Gemeinden, diesen Keimzellen einer neuen Gesellschaftsorganisation, jeden Fußbreit Bodens streitig machen! Aber ihr Widerstand reizt uns nur mehr zu neuer Arbeit. Und wieviel noch zu tun ist, was alles noch der Besserung harret — die nachstehenden Artikel geben davon ein flüchtiges Bild.“

Aus Ostpreußen berichtet — Königsberg: „Die Tätigkeit der Kommunen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Arbeiterpolitik läßt noch zu wünschen übrig. So ist noch nirgends auch nur der Versuch gemacht worden, bei Abschluß von Verträgen mit Unternehmern einen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter auszuüben, auch will man sich noch sehr wenig mit den Ausführungen städtischer Arbeiter in eigener Regie befremden.“

Ausführlich verbreitet sich Dr. J. Zadel über die kommunalen Wünsche und Aussichten in Berlin. Es heißt da u. a.: „Damit kommen wir zu denjenigen Aufgaben, die in gewisser Hinsicht für uns die wichtigsten — und die am meisten reformbedürftigsten sind, zu den Aufgaben der Stadt als Arbeitgeberin. Nach vielen Tausenden zählt bereits heute das städtische Arbeiterheer und vermehrt sich zusehends — und doch, statt als Muster anderen Städten voranzugehen, finden wir in Berlin noch immer Zustände, die ein Verständnis für die sozialen Forderungen der Zeit so gut wie ganz vermissen lassen. Ein Antrag, einen besonderen sozialen Ausschuß einzusetzen, welcher Material sammelt und allen Verwaltungsgedepurationen mit Rat zur Hand gehen soll, fand keine Zustimmung in der Versammlung. Es mag zugegeben werden, daß in den letzten Jahren sich manches gebessert hat — in den Arbeitslöhnen — es soll durchaus ein Minimum von 4 Mk. Tagelohn gezahlt werden; in der Arbeitszeit — veral. die verfußweise Einführung der Achtstundenschicht bei den Gasarbeitern —, den Rechtsanspruch auf Urlaub, die Gewährung von Ruhegeld, die Dinterliebenerverforgung usw., aber mehr, weit mehr bedürftig noch zu tun übrig. Vor allem müßte das Koalitionsrecht in allen Verwaltungen, auch in der Kanalisationsverwaltung, auch in den städtischen Krankenhäusern und Irrenanstalten respektiert werden, müssen diejenigen energisch gerufen sein, entfernt werden, die immer wieder dagegen verstoßen; das Wort des Oberbürgermeisters, daß niemand wegen seiner Jugendigkeit zur Organisation entlassen werden darf, muß auch von den unteren Amtsanstalten beachtet werden. Das, was man unter Konstitution im Betriebe versteht, hier bei unseren städtischen Verwaltungen müßte es zu allererst ein und durchgeführt werden, wie es anderswo, z. B. in Straßburg i. E. bereits geschieht, wo die Stadt bei Anstellung und Entlassung städtischer Arbeiter und Angestellter, bei Festsetzung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen immer mit der Organisation, nicht mit den einzelnen Arbeitern verhandelt. Auch sonst könnte das dortige Verhältnis der Stadt zu den Arbeitern vorbildlich wirken, so darin,

daß die Löhne mit der Kinderzahl steigen. Freilich, das sind Dinge, die bei uns noch in weiter Ferne liegen; um solche Dinge unseren Stadtvätern plausibel zu machen, wäre es nicht nur erwünscht, daß die Zahl der Gewerkschaftsvertreter in unseren Reihen größer wäre, als sie es jetzt ist, sondern vor allem, daß eine gewaltige Mitgliederzahl der hinter ihnen stehenden Organisationen, zumal des Gemeindearbeiterverbandes, die einzelnen Verwaltungen daran hinderte, den Organisierten gelbe Organisationen gegenüberzustellen, oder, wie es noch immer geschieht, die Vertrauensleute der Organisation unter irgendeinem Vorwand aus dem Betriebe zu entfernen. Ebenso würde, wenn wir von allen in Frage kommenden Gewerkschaften Vertreter unter uns hätten, es wohl auch leichter sein, durchzusehen und zu überwachen, daß bei der Vergeltung von Arbeiten der Gemeinde die von der Organisation erreichten Arbeitsbedingungen (fair wages usw.) innegehalten werden. Vor etwa einem Jahr hatte die Fraktion den Entwurf einer städtischen Arbeitsordnung der Versammlung vorgelegt, der indes nicht einmal zur Beratung in einem Ausschuß gelangte. In der nächsten Tagung wird wiederum eine in gemeinsamer Beratung mit dem Gemeindearbeiterverband vorbereitete Vorlage die städtischen Behörden beschäftigen. Hoffentlich mit einem besseren Erfolge.“ (Nirgends gleichfalls durch Ueberlegung zur Tagesordnung abgelehnt, siehe auch Leitartikel, Die Medaktion.)

Die größte Stadt der Provinz Sachsen, Magdeburg, läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. So berichtet Wittmann: „Ebenfalls sollte die Stadt der Welt recht unlieblichen Wohnungsverhältnissen der Krankenhäuser entgegen ein Ende bereiten, indem sie mit dem Aush- und Logiswesen aufräumt. Daß es geht, beweist die Tatsache, daß für ein Bade- wärterehpaar im Krankenhaus Eudenburg bereits die reine Geldentlohnung vorgegeben ist. Ueberhaupt ließe sich über das Verhältnis der Stadt zu ihren Angehörigen mancherlei sagen. Ganz besonders betont werden muß aber, daß in Anbetracht der hohen Preise für alle Lebensmittel eine Steigerung der Arbeiterlöhne unbedingt vonnöten ist. Die Steigerung während der letzten zwei Jahre ist durchaus unzureichend, denn im Durchschnitt verdienen die städtischen Arbeiter ungefähr 21 Mk. Eine Frage, die die Arbeiterchaft auch besonders interessiert, ist die Regelung des Submissionswesens, die in Magdeburg in Aussicht steht.“

A. Meerfeld-Köln kennzeichnend treffend die kommunalpolitische Rückständigkeit in Rheinland-Westfalen: „Auch auf anderen Gebieten zeigt sich der üble Einfluß des Privatkapitals; so sind in manchen rheinischen Städten heute noch die Gas- und Elektrizität, ja selbst die Wasserwerke in privaten Händen und werden natürlich nur nach Profitgrundsätzen betrieben. In der Regel haben die Gesellschaften in den Gemeindevertretungen ihre einflußreichen Sachwalter. Wirtschaftliche Betriebe dieser und auch anderer Art gehören selbstverständlich in städtische Regie; die Arbeiter müssen diese Forderung, ganz abgesehen von den prinzipiellen Gründen, auch schon deshalb vertreten, weil auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in solchen Betrieben ganz anders einzuwirken werden kann, wenn sie städtisch sind, als wenn sie sich in privaten Händen befinden. Daß das weite Gebiet der sozialen Fürsorge in allen rheinischen Gemeinden noch wenig bearbeitet ist, in vielen Fällen noch völlig brach liegt, kann unter den geschilderten Verhältnissen kaum noch verwundern.“

Aus Dessen-Raffaun berichtet Dr. W. Quard: „Aber selbst für seine städtischen Arbeiter hat sich Frankfurt a. M. noch nicht einmal zur Einführung eines Mindestlohnes von 4 Mk. entschließen können, von der seit langer Zeit auf 10 Stunden und stellenweise höher bemessenen Arbeitszeit gar nicht zu reden! Selbst von den ständigen Arbeitern mit Wochenlohn hatten 1906 noch über 16 Proz. unter 1 Mk. Verdienst! Hier ist noch fast alles zu tun, wenn mußergültige Arbeiterverhältnisse geschaffen werden sollen.“

Im haverischen Bericht sagt er. Nürnberg: „Es ist selbstredend, daß die Nürnberger Stadtverwaltung für ihre eigenen Arbeiter auch nicht mehr sozialpolitischen guten Willen an den Tag legt, als sie unbedingt muß. Die Arbeiter der städtischen Betriebe waren bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit schlechter entlohnt und auch sonst vielfach schlechter gestellt als in den meisten Privatbetrieben. Wenn hierin jetzt eine Änderung eingetreten ist, so ist das weniger dem Wohlwollen der Gemeindevertretung zuzuschreiben als dem Umstande, daß man sich endlich notgedrungen dazu bequemen mußte, dem energischen Drängen der in der Organisation vereinigten Gemeindearbeiter zu folgen. An alle Verbesserungen, die in den letzten Jahren eingeführt wurden, ist man zur Zeit zögernd und widerwillig herangetreten. Aber auch die jetzigen Verhältnisse lassen noch sehr viel zu wünschen übrig. Es gibt sogar Arbeiter, die noch unter dem ortsüblichen Tagelohn bezahlt werden. Eine Versorgungsloffe für die städtischen Arbeiter und Bediensteten wurde 1901 errichtet. Sie ist aber keine Gemeindegeld, die Mitglieder müssen 1/2 bis 3/2 Proz. ihres Lohnes an Beiträgen bezahlen, haben eine zehnjährige Karenzzeit zu überleben und den Anspruch auf eine Rente von 30 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes, die jährlich um 1 Proz. steigt bis zum Höchstbetrage von 60 Proz.

in ihrer Mitgliederzahl die Höhe der sozialdemokratischen Stimmenzahl noch nicht erreicht. Dafür repräsentiert sie eine festgefügte und dauernde Macht, die weit nachhaltiger die Aktion der Arbeiterklasse zu unterstützen vermag. Dagegen ist die Entwicklung der Gewerkschaften sowohl der politischen Organisation der Sozialdemokratie, als auch derjenigen der modernen Genossenschaften weit vorausgeleitet. Es zählten in den Jahren an Mitgliedern:

	1906	1907	+ Zunahme
Sozialdemokratische Vereine	384 327	530 466	+ 146 139
Gewerkschaften	1 689 709	1 865 506	+ 175 797
Stellungsgenossenschaften	781 369	885 074	+ 103 705

Die Gewerkschaften haben nicht nur mehr als doppelt so viele Mitglieder als die Stellungsgenossenschaften und 2 1/2 mal soviel als die sozialdemokratischen Vereine. Sie haben auch die größte absolute Zunahme. Die Ursachen, die dieser langsameren Entwicklung der Parteiorganisationen und der Genossenschaften zugrunde liegen, können im Rahmen dieser Statistik nicht erörtert werden. Wohl aber zeigen diese Zahlen, daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Bedeutung der politischen Arbeit mehr und mehr erkannt hat. Würden alle Gewerkschaftenmitglieder ebenso wie in ihrer Parteiorganisation, so auch in der Partei und in der Genossenschaft ihre Pflicht erfüllen, so würden nicht nur alle die heimlichen Differenzen und Meinungen, die zwischen diesen verschiedenen Kreisen der Arbeiterbewegung bis vor kurzem so oft bemerkbar wurden, völlig verschwinden, sondern die Zersplitterung der Arbeiterbewegung würde dadurch nachhaltig verhindert werden. Das Beispiel der Engländer und Österreicher im eigenen Lager wurde, wenn auch durch größere Erfolge, auch zum Nachdenken auf die auseinandergehenden Arbeitermassen nicht verfehlen und den gesplitterten Organisationen der bürgerlichen Parteien und der gelben Kammer bald den Boden entziehen.

Die Mitgliederzunahme der Gewerkschaften vom Jahresbeginn 1906 bis Ende 1907 blieb hinter der Zunahme im Jahresdurchschnitt zurück; sie betrug nur 73 833. Es erklärt sich dies daraus, daß die zweite Jahreshälfte 1906 einen starken Aufschwung, dagegen die zweite Jahreshälfte 1907 einen kleinen Aufschwung zeigte. Die Zentralverbände zählten Ende 1906: 1 799 293 Mitglieder. Das erste Quartal 1907 schloß mit 1 823 881 ab (+ 24 588), das zweite Quartal mit 1 882 663 (+ 58 781), das dritte Quartal mit 1 882 363 (+ 302) und das vierte Quartal mit 1 873 116 (+ 92 171). Der Zuwachs der Gewerkschaften fällt also in die Zeit von Mitte 1906 bis Mitte 1907, danach trat ein Rückgang ein. Es ist charakteristisch, wie sehr diese Entwicklung mit der Statistik der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsnachweise übereinstimmt. Und doch sollte gerade die Wirtschaftslage die Mitglieder ziehen denn je an ihre Organisationen hatten, die ihnen nicht nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, sondern auch gewähren, sondern auch den Stand der Arbeitsbedingungen gegen Verschlechterung sichern.

Der Rückgang tritt allerdings nur einen Teil der Gewerkschaften und wurde bei diesen durch besondere Umstände verursacht. Von den 61 Verbänden, die die diesjährige Statistik umfassen, haben 40 eine Zunahme von zusammen 100 065 Mitgliedern von Ende 1906 bis Ende 1907 zu verzeichnen, während 21 eine Abnahme von 26 212 anzeigten. Von diesem Gesamtrückgang von 26 212 entfielen auf die vier Verbände der Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Fabrikarbeiter allein 21 157. Die Bauarbeiter verloren schon im 1. Quartal 20 670 Mitglieder infolge großer Arbeitslosigkeit im Bauergewerbe, die Lohnarbeiter hingegen in andere Berufsdränge. Bei den Holzarbeitern setzte der Verlust im 2. Quartal 1907 ein als eine Nachwirkung der Misstis im Holzgewerbe und der großen Mampfe, die dem Verbands enorme Strafkommunen auferlegten. Im Maurerverband zeigt sich der Rückgang erst im 3. Quartal, nach dem großen erfolgreichen Mampfe im Berlin, während die Fabrikarbeiter kein Jahresbeginn machten und von Quartal zu Quartal weitere Mitglieder verloren. Auf dieser Industrie sollte jeder wirtschaftliche Rückgang, nicht nur zunächst, sondern auch am allerdringendsten, da das Lohnniveau selbst in Zeiten außerordentlichem ein sehr niedriges ist. Zeitlich aus diesen Ursachen, wo die betreffenden Gewerkschaften einzuwirken haben, nur für kommende Jahre solchen Verlusten vorzubeugen, so muß die gesamte Gewerkschaftsbewegung darauf die Vore bereiten, daß die Erhaltung der Mitglieder zur Organisationsmethode und zu höchsten Prinzipien für ihre Organisation sind in Stand setzen muß mit einer gründlichen Mampfestatistik, die alle Voraussetzungen des Erfolges oder Mißerfolges an das langfristige Wort und sich auch nicht durch Zersplitterung einzelner Mitglieder leicht zu entfallenden Korrekturen drängen laßt.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 zählten 6 Verbände über 100 000 Mitglieder, 1 zählte 50 000-100 000, 5 20 000-50 000, 12 10 000-20 000, 10 5 000-10 000, 10 2 000-5 000, 1 1 000-2 000 und 7 weniger als 1 000 Mitglieder. 28 in ihnen haben großen Verbänden mit mehr als 100 000, je 115 200 000 Mitgliedern auch kleine Organisationen, die nur wenige hundert Mitglieder zählen. Einige derselben vertreten eine große den größten Teil der vorhandenen Vermögensgegenstände.

Indes beschränkt sich mehr und mehr die Erkenntnis, daß solche kleinen Organisationen in entscheidenden Mäximen der langwierigen Macht der Unternehmer nicht gewachsen sind und daß der Anstoß an größere verwandte Berufsorganisationen vorzuziehen ist. Auch im Berichtsjahr hat die Verschmelzung von Gewerkschaften Fortschritte zu verzeichnen. Außer den Heberritten der Buchdrucker Ulfah-Vorbringens, Graueure, Montatoren, Bergarbeiter und Waldarbeiter sind Zusammenschlußbestrebungen in den graphischen Gewerben, im Gewerkschaften, in der Lederindustrie, in den Nahrungsmittelberufen, in der keramischen Industrie und in dem Transportgewerbe hervorgetreten, von denen einige vorläufig zum Abschluß von Kartellverträgen geführt haben.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften betrug im Jahresdurchschnitt 1906 in 37 Verbänden 118 908; sie stieg 1907 in 35 Verbänden auf 136 929 oder um 18 021. Die Zunahme beträgt 15,1 Proz. gegenüber 10 Proz. Zunahme der männlichen Mitglieder. Die Organisation der Arbeiterinnen hat sich noch langsamer entwickelt, als die der männlichen Arbeiter. 1892 betrug der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften erst 1,8 Proz., 1896: 1,6 Proz., 1898: 2,7 Proz., 1900: 3,3 Proz., 1902: 3,8 Proz., 1904: 4,6 Proz., 1906: 7,1 Proz. und 1907: 7,3 Proz. Damit ist diese erfreuliche Entwicklung natürlich nicht abgeschlossen, denn das Interesse der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften beginnt sich erst jetzt in härteren Maße zu regen und die Migration wird durch die Gewerkschaften selbst, wie auch durch das Arbeiterinnen Sekretariat der Zentralkommission nachhaltig unterstützt. Welche Wachen von Arbeiterinnen noch zu gewinnen sind, lehrt uns ein Blick auf die deutsche Arbeiterzeitung, die im Jahre 1906 allein in reaktionspolitischen Betrieben 106 899 Arbeiterinnen über 16 Jahre zählte. In diesen Betrieben beträgt der Anteil der Arbeiterinnen 18,6 Proz., also 2 1/2 mal so viel als heute der Anteil der organisierten Arbeiterinnen. Stellen wir für die wichtigsten Industriezweige die Zahl der in Fabriken beschäftigten und der organisierten Arbeiterinnen einander gegenüber, so ergibt sich daraus sofort, welche gewaltigen Aufgaben dieser Organisation noch barren.

	Bezahlte Arbeiterinnen 1906	Weibliche Organisierte 1907
Fertilindustrie	397 321	41 277
Metall- und Maschinenindustrie	98 743	11 693
Holzindustrie	26 645	3 157
Nahrungsmittel- u. Genussmittelindustrie	147 741	16 925
Graphisches Gewerbe	36 294	8 353
Bekleidungs- u. Heimtextilgewerbe (einschl. Konfektion)	211 407	13 640

Die Gewerkschaften dürfen daher nicht nachlassen in der Ausübung dieses Feldes, denn die Forderung, daß die Organisation in jahrelangen Industrien nur einen geringen Bruchteil der Arbeiterzeitung repräsentiert und demgemäß auf die Arbeitsbedingungen nur geringen Einfluß auszuüben vermag, ist in erster Linie der Minderständigkeit der Arbeiterinnenorganisation geschuldet.

Die Allgemeine Arbeitsordnung der Stadt Heilbronn.

II.

Die Ordnungsvorschriften sind in den §§ 31 bis 40 enthalten und zum Teil selbstverständlich, zum Teil überflüssig. Der im Schichtwechsel stehende Arbeiter darf auch nach beendeter Schicht die Arbeit vor Eintreffen seines Aboliers nicht verlassen. Bei etwaigen Unfällen im Betrieb ist dem Aufseher zur weiteren Meldung sofort Anzeige zu erstatten, auch wenn der Unfall an sich geringfügig erscheint. Dies wird leider vielfach von den Arbeitern unterlassen. Die Unfallverhütungsvorschriften, soweit sie für einzelne Betriebe in Betracht kommen, sollte jeder Arbeiter genau und streng befolgen. In den §§ 41 bis 43 sind die „unvermeidlichen“ Ordnungsstrafen bekanntgegeben. Ach, es mag ohne dieselben eben.

Der § 41 umfaßt die Bestimmungen für den Arbeiterauschuß, welcher alle zwei Jahre, und zwar am 1. Oktober, am Wiederwahltag gestellt wird. Wählbar in den Auschuß sind nur solche volljährige Arbeiter, die seit mindestens zwei Jahren vom Wahltag ab rückwärts gerechnet ununterbrochen in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt Heilbronn und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Den weiblichen Arbeitern steht das gleiche Wahlrecht zu. Auf je 10 Arbeiter eines Betriebes wird ein Vertreter und ein Ersatzmann gewählt. Bei ein Betrieb weniger als 10 Arbeiter, so in runden ein Vertreter und ein Ersatzmann zu wählen. Zweitens 11 Tage vor der Wahl soll die Anerkennung in den Auschußlisten formen durch Mitteilung an den in Betracht kommenden Arbeitsrat bekanntgemacht werden. Und zwar die Wahl des ersten Arbeitervorschusses, nach am 1. Oktober stattfindend, erst am 31. Oktober vorzulegen werden, also somit vier Wochen als

hier festgelegt. Die Wahlkommission für jeden Betrieb besteht aus dem Betriebsvorstand oder dessen Stellvertreter und zwei Arbeitern, welche vom Vorsitzenden bestimmt werden. Die Verhandlungen und Tagungen erfolgen im allgemeinen unter Vorsitz des Oberbürgermeisters oder dessen Stellvertreter, und zwar auf dem Rathaus.

Die Lohnordnung wurde wie folgt in drei Klassen geteilt:
 Klasse 1: 3,00-3,80 M. Klasse 2: 3,70-4,50 M.
 Klasse 3: 4,20-5,00 M.

für die zehntägige Arbeitszeit, bei Schichtarbeitern für die Dauer der Arbeitsschicht. Der Anfangslohn wird von den die Arbeiter einstellenden Betriebsvorständen mit den Arbeitern vereinbart. In der Regel ist mit dem Wiedereintritt des betreffenden Lohnnehmers zu beginnen, unter besonderen Umständen kann aber auch ein höherer Anfangslohn vereinbart werden. Bei jungen Leuten unter 20 Jahren kann unter die Mindesthöhe herabgegangen werden.

Lohnvorrückungen. Von dem vereinbarten Anfangslohn aus rücken die Arbeiter um 10 Pf. in den ersten drei Jahren alljährlich, sodann alle drei Jahre für die zehntägige Arbeitszeit vor, bis sie den für ihre Klasse festgesetzten Höchstlohn erreicht haben. Das regelmäßige Vorrücken um 10 Pf. erfolgt stets nur am 1. April jeden Jahres, doch muß zwischen dem Tag der Einstellung und dem ersten Vorrücken ein volles Jahr liegen.

Ueber dieses Vorrückensystem wird sich wohl mit Recht manch ein Kollege sagen, daß dieser Zeitraum ein zu großer ist. Wenn z. B. nach den Bestimmungen ein Arbeiter nach dem 1. April in die Dienste der Stadt tritt, so geht er ein Jahr nach der Lohnskala in der Vorrückung verlustig. Eine Abänderung ist baldigst erforderlich. Ueber außerordentliche Vorrückungen entscheidet der Gemeinderat unter Wahrung des betreffenden Lohnrahmens. Derselbe kann auch wegen mangelhafter Pflichterfüllung oder erheblicher Ausschüttungen im sonstigen Verhalten eines Arbeiters diesen vom Vorrücken auf bestimmte Zeit oder für dauernd ausschließen. Welch ein Mauthaus!

Eingeteilt sind in Klasse 1: sämtliche Tagelöhner, Hof- und Aohlenarbeiter sowie Rentnergehilfen beim Gas- und Wasserwerk, Gärtnergehilfen der Gärtnerei.

In Klasse 2: Die Aufseher, Vorarbeiter, ständige Gasmacher, Rentner zweiter Klasse, ständige Heizer, Handwerker, Hilfskräfte, ausgebildete Messer, Bagmeister und Diener des Gaswerks.

In Klasse 3: Die Maurer und Steinbauer des Hochbauamts, der Obergehilfen der Stadtgärtnerei, die Maschinisten, die selbständigen Handwerker des Tiefbauamts: Schmiede, Wagner, Pfähler, Maurer, Zimmerleute, im Gas- und Wasserwerk: Rentner erster Klasse, Gasmachereuleute, selbständige Handwerker, Ziemmaurer.

Lohnzulagen. Diejenigen Arbeiter der einzelnen Betriebe, welche zu den hienach bezeichneten Arbeiten herangezogen werden, erhalten an Lohnzulagen für zehntägige Arbeitszeit:

1. 30 Pf. für Arbeit im Kohleneschuppen des Gaswerks, in Abort- und Schlammkloaken, Reinigung von Heizungsgeräten durch nichtständige Heizer beim Gaswerk für die Dauer der Arbeitsschicht, Arbeit bei der Latrineneleerung und der nächtlichen Straßenreinigung.

2. 50 Pf. erhalten unständige Gasmacher für die Dauer der Arbeitsschicht und für Meteorenausatrophien, Abräumen von Frandschutt, Arbeiten im Wasser.

3. 1 M. für Reinigen von Hochdruckfeiern, soweit derartige Arbeiten nicht im Abort verrichtet werden, für Arbeiten in der Ammoniakwasser- und in der Verdichtungsanlage des Gaswerks für die Dauer der Arbeitsschicht.

Für die weiblichen Arbeitskräfte bleibt besondere Lohnfestsetzung für den einzelnen Fall vorbehalten.

Zum Schluß der langverkauften Arbeitsschicht sind noch die Nebenvergütungen im einzelnen in kurzem, aber penibel sorgfältigem Wortlaut anzuführen.

Es heißt unter Nebenvergütungen, daß ein Arbeiter alle Jahre innerhalb drei Jahren um 10 Pf. vorrücken soll. Nach den Nebenvergütungsbestimmungen lautet die Sache aber ganz anders. Hier wird bestimmt, daß nur der Arbeiter, welcher mit dem Stammlohn momentan ankünftig, innerhalb dreier Jahre um je 10 Pf. vorrückt.

Unsere Tagespresse hat nun die Sache für die Parochie anzufragen. Danach war man der Ansicht, und von dieser Hoffnung ließen sich auch die Arbeiter tragen, daß in dem jetzt eingefügten Lohnrahmen innerhalb dreier Jahre eine Aufbesserung von 10 Pf. erfolgen würde. Nach den angeführten Bestimmungen lautet die Sache aber anders, indem derjenige Arbeiter, welcher

nach Dienstjahren gerechnet die Höhe der Lohnskala erreicht hat, erst 1911 wieder um 10 Pf. aufrückt.

Die Entfernungszulagen bzw. Zehrungsvergütungen sind im sehr bescheidenen Maße angelegt: 1. Bei Arbeiten, welche außerhalb Eiters fallen, aber im Zonengebiet der Stadt liegen, wird, wenn die Arbeiten über Mittag dauern, neben dem Arbeitslohn eine Zehrungsvergütung von 30 Pf. täglich bewilligt. Außerdem werden die Gänge von und zur Arbeitsstelle in die vorgeschriebene Arbeitszeit von 10 bzw. 9 und 8 Stunden eingerechnet. 2. Für Arbeitsverrichtungen außerhalb der Kartungsarene Seilbronn wird für die Arbeitsstunden zu dem Normallohn eine Zulage von 10 Pf. bezahlt. Auch in diesem Falle werden die Gänge zu und von der Arbeitsstätte nach Ziffer 1 genannter Bestimmungen vergütet. Im den Materiearbeiten keine anderweitige Gratifikation zu gewähren bei derartigen Arbeiten, fallen sie ebenfalls unter Ziffer 1 genannter Bestimmungen.

Um als Ruster zu gelten, bedarf die vorstehend fixierte Arbeitsordnung noch großer Änderungen. Einmal müssen sich wohl die Arbeiter damit zufrieden geben. Aber niemand darf sich mit dem Gedanken tragen, nun die Hände in den Schoß zu legen und auszuruhen, sondern mit erneuten Kräften heißt es jetzt ans Werk gehen. Schon in der kurzen Zeit, seit die Arbeitsordnung in Kraft ist, hat es sich gezeigt, wie viele Mängel noch zu beseitigen sind. Darum, Kollegen, seid auf der Hut, um das Errungene auch zu erhalten und fernher mit Hand ans Werk zu legen, um weitere Verbesserungen zu erzielen. Ferner rufen wir noch den Unorganisierten zu: Erwacht aus eurer Schläfrigkeit und tretet Mann für Mann der Organisation bei. Denn nur durch Einigkeit und Geslossenheit können wir unserm Ziele entgegen-

H. Ziegler.

Das städtische Marktamt zu Dresden

ist wiederholt Gegenstand unserer Kritik gewesen. Auch heute sind wir geneigt, die Hände wiederum zu klatschen. Der städtische Herrschaft stellt die Behauptung zu den Jahreszeiten der Feuerwehr, der nächtlichen Feuerwache, zum Teil auch der nächtlichen Straßenreinigung. Nebenbei noch werden sonstige Vorfälle für Bedienung der verschiedenen städtischen Betriebe ausgeführt. Diese verschiedenartigen Aufgaben bedingen naturgemäß auch verschiedene Lohnverhältnisse der Arbeiter. Zugleich läßt sich nicht einwenden, zu wünschen ist jedoch, daß man wieder noch nicht verstanden hat, diesen verschiedenen Anforderungen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter anzupassen. In dieser Beziehung bleibt noch so manches zu bemerken übrig, wenn auch durch das Eingreifen der Organisation gegen den früheren Zustand dieses reformiert worden ist.

Beginnen wir mit den Löhnen. Diese werden nach dem Monat bemessen und gelangen halbmäthlich zur Auszahlung. Neben den regelmäßigen Löhnen werden noch Vergütungen für Nacht- und Sonntagseinsatz, Sprengwogentrieben und Heberarbeiten bezahlt, letztere allerdings nur von 9 Uhr abends ab. Wenn nun einem Arbeiter das „Woh!“ besonders bald ist, das heißt alle, er für sehr befunden wird, zu welchen Entzerrungen, so kann es kommen, daß er zum Lohnstag eine ganz ansehnliche Summe empfangt erhält. Jedoch, viele sind barmherzig, aber wenige sind ausserhalb, heißt es auch bei den Marktamtstücken. Diese wenigen aber sind selbstverständlich mit ihrer Lage „zufrieden“. Sie sind allerdings auch nicht organisiert. Nach ihrer Meinung haben sie dies nicht nötig und werden immer gegen die anderen „Angehörigen“ ausgespielt.

Am schließlichen kommen bei der Lohnung die Nachtarbeiter weg. Das sind diejenigen, welche auf den verschiedenen Heberarbeiten hantieren und Heberarbeiten, Erradienre zu leisten, kommen sie fast gar nicht in die Lage, sie sind auf ihre Feuerwehr beschränkt und sind genau genommen immer im Dienst. Zunächst ist dies ja allerdings nur Tagelohnarbeit, aber da sie doch die Woche nicht verlassen können und auch nicht dürfen, und sie doch nicht fast, wöchentlich dienstfrei in jeder zweite Sonntag und jeder erste Montag.

Da, wie schon gesagt, Heberarbeiten, Erradienre für sie nicht im Betracht kommen, sind sie nur auf den regulären Monatslohn angewiesen. Dieser beträgt 73 M. im ersten, 75 M. im zweiten Jahre. Nach dreijähriger Dienstzeit steigt der Monatslohn um 5 M., nach sechs Jahren um 6 M., und nach neun Jahren um 9 M. Die Verwaltung kommt jedoch nicht oft in die Lage, diese hohen Entlohnung zu gewähren. Da in der Einkommens der Arbeiter kein Loch zu groß.

Der eine Gehalt ist deshalb so niedrig, weil den Mitarbeitern keine Wohnung bewahrt wird. Bei 120 M. jährlich bringt man diese im Hinblick. Bei verheirateten Mitarbeitern, denen eine Familienwohnung zur Verfügung steht, erweist diese Summe

als angebracht. Nicht so bei den ledigen Kutschern. Obwohl auch ihnen für freie Wohnung 120 Mk. jährlich in Anrechnung gebracht werden, gibt man ihnen aber, genau genommen, keine Wohnung, sondern nur den Dienstraum, die Wachs- und die Küche. Und lediglich dafür, daß der Kutscher in diesem Wachsraum, der zur Erledigung des Dienstes unumgänglich nötig ist, essen und schlafen kann, werden ihm 120 Mk. jährlich auf das Gehalt in Anrechnung gebracht. Auf diese Weise wird die Verwaltung ein Geschäft. Dieser Wachsraum, der unter Umständen von vier bis fünf Kutschern als „Wohnung“ dient, bringt dann — allerdings nur rechnerisch — 480 bis 600 Mk. an Miete ein. Angesichts der Beschaffenheit der Räume, die den ledigen Kutschern zur Verfügung stehen, ist das ein Mietpreis, den zu fordern sich der schlimmste Hausagrarier schämen würde. Ja, es kommt noch schöner. Die Zahl der Familienwohnungen entspricht oftmals nicht der Zahl der verheirateten Kutscher. Ein solcher muß sich dann eine eigene Wohnung mieten. Trotzdem er tatsächlich keine Dienstwohnung benutzt, werden ihm ohne Rücksicht darauf die 120 Mk. für freie Wohnung auf das Gehalt in Anrechnung gebracht. In solchen Fällen verlangt es schon die Gerechtigkeit, das Wohnungsgeld in bar anzuzahlen. Man sollte es nicht für möglich halten, einem Kutscher Wohnungsmiete anzurechnen, ihm aber keine Wohnung zu geben, sondern nur den Wachsraum zur Verfügung zu stellen.

Aber freilich, solange es noch immer Kutscher gibt, die sich so etwas bieten lassen, wird mit diesen Zuständen nicht aufgeräumt werden. Das ist eine Einsichtnahme. In die Kutscher eracht deshalb die Mahnung, sich mehr als bisher um die gewerkschaftliche Organisation zu kümmern. Sie müssen sich in ihrer Gesamtheit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen. Dann wird es schneller vorwärts gehen.

Mißstände in Hannover.

Überall, wo man jetzt hinkommt, trifft man Hunderte beschäftigungsloser Arbeiter. Die Zahl der Arbeitslosen wächst immer mehr an, denn der Sommer geht zu Ende. Niemand kümmert sich darum, was aus all diesen Menschen werden soll. Meiner fragt danach, ob sie etwas zu essen haben oder nicht. Um so mehr haben Staat und Gemeinde als Arbeitgeber die Pflicht, hier mitzureden einzugreifen. Das kann aber nur in der Weise geschehen, daß die Lohnsätze der städtischen Arbeiter möglichst gute sind und die Arbeitszeit verkürzt wird, damit von den Beschäftigten möglichst viel eingestellt werden können. Eine Gemeinde als Arbeitgeberin darf den Arbeiter nicht als Ware behandeln, die sie je nach Lage des Marktes heute billig, morgen teurer bezahlt, sondern sie muß ihre Arbeitgeberpflicht von höheren Gesichtspunkten aus betrachten. Die Gemeindeglieder sind meistens derart, daß sie der Konsumtion nicht unterworfen sind. Um so mehr sind die Gemeinden in der Lage, ihre sozialen Pflichten ihren Arbeitern gegenüber zu erfüllen. Daher ist es nötig, daß die Gemeinden in eine Regelung der Arbeitsbedingungen einwirken, als sie einheitliche Grundsätze aufstellen hinsichtlich der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes.

Wie sieht es aber dann in den städtischen Betrieben Hannovers aus? In sozialpolitischer Hinsicht ist die Stadtverwaltung Hannover eine der rückständigsten. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit zeichnen die städtischen Betriebe vor allen anderen aus. Hier wird der Arbeiter als Ware behandelt und betrachtet. Während der jetzigen wirtschaftlichen Krise ist die Ware Arbeitskraft im Werte gesunken, dies glaubt nun die Stadtverwaltung auszunutzen zu müssen. Die Löhne der Arbeiter werden also möglichst niedrig gehalten, dafür die Arbeitszeit recht ausgedehnt. Die Herren des Magistrats sollten sich doch einmal die Frage vorlegen, ob es den städtischen Arbeitern auch möglich ist, mit dem bisher erhaltenen Lohn auszukommen. Die Herren dürfen nicht vergessen, daß der Lohn die einzige Einnahmequelle der Arbeiter bildet und daß aus dem einzigen Aufsichtsratsmitglied irgendeiner Arbeitergesellschaft in wie mancher Magistratsmitglieder.

Wir haben schon einmal an dieser Stelle die niedrigen Löhne und die lange Arbeitszeit der Arbeiter des Schlachthofes und Viehhofes veröffentlicht. Auch noch nicht das geringste hat sich seitdem an diesen Zuständen geändert. Während beim Stadtbauamt, Straßenreinigung, Kanalstationen und Wasserwerk der Anfangslohn 35 Pf. pro Stunde beträgt, erhalten die Schlachthofarbeiter diesen Lohn nur nach sechsmonatlicher Beschäftigung. Der Anfangslohn beträgt immer noch 2 Pf. Damit nun aber die Arbeiter wegen zu geringen Einkommens nicht Hungern sollen, wird die Arbeitszeit ins Ungeheure ausgedehnt. 70, 80, 90 und 100 Stunden pro Woche! Trotzdem Hunderte von städtischen Steuerzahlern beschäftigungslos durch die Straßen der Stadt laufen, werden hier die städtischen Arbeiter in unerhörter Weise ausgebeutet. Im Interesse der Öffentlichkeit müssen wir einen einvernehmlichen Gehalt der Schlachthofverwaltung protestieren. Trotzdem der Betrieb den Jahr zu Jahr größer wird, werden nicht mehr Arbeiter eingestellt. Aber auch eine Erhöhung der jetzigen Lohnsätze will die Verwaltung nicht vornehmen. Bereits zweimal in diesem Jahre haben die Schlachthofarbeiter Gesuche um Lohnerhöhungen gemacht, worin sie

5 Pf. pro Stunde Zulage forderten. Nun ist ihnen seitens der Direktion mitgeteilt worden, daß 5 Pf. pro Stunde zu viel verlangt sei und deswegen keine Zulage erfolgte. Diesen Einwand könnte man gelten lassen, wenn die Löhne schon besonders hohe wären oder wenn es sich um Arbeiter handelte, die in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt sind. Aber das trifft hier keineswegs zu. Die Arbeit erfordert die Kraft eines ganzen Mannes, und die jetzigen Löhne sind die allerschlechtesten, die hier in den städtischen Betrieben gezahlt werden. Die dort beschäftigten Kollegen sollten aber endlich begreifen lernen, daß sie mit der Mittellage des Direktors nur verhöhnt werden und daß die vielen Überstunden die Tendenz haben, den Grundlohn zu drücken. Hinweg mit der übermenschlich langen Arbeitszeit, damit mehr Arbeiter Beschäftigung erhalten können! Fallen die Überstunden weg, dann wird auch der Grundlohn steigen.

Aber auch noch in anderen städtischen Betrieben wird die Arbeitszeit willkürlich verlängert, was gerade in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise unter allen Umständen vermieden werden muß. So beim Stadtbauamt. Bei einem Aufseher müssen die Arbeiter schon monatelang Überstunden machen. Geschieht das im Auftrage der oberen Behörde? Diese Arbeit ist doch keine dringliche, und wenn sie es wäre, dann liegt immer noch kein Grund vor, Überstunden zu machen. Warum stellt man da nicht noch Arbeiter ein? Arbeitsjüngende schickt der Herr mit dem Bemerkten fort: „Wir haben keine Arbeit, Sie können noch Arbeiter mitbringen.“ Wie ist das denn aber mit den Überstunden zu vereinbaren? Die Schuld an diesen Zuständen hat eben die obere Behörde. Würde sie die unteren Beamten nicht so willkürlich schalten und walten lassen, dann könnten derartige Zustände nicht eintreten.

Aber auch bei der Kanalisation kuldigt man dem Prinzip: Niedriger Lohn und intensive Ausnutzung der Arbeitskraft! Namentlich trifft das auf die Kläranlage in Herrenhausen zu. Ganze 35 Pf. pro Stunde bezahlt man für diese schmutzige, ekelerregende Arbeit, die mit 50 Pf. pro Stunde nicht zu hoch bezahlt wäre. Hände und Kleidung der dort Beschäftigten sind mit Schlamm und Schmutz bedeckt und dabei den ganzen Tag der fürchterliche Geruch. Der dort die Aufsicht führende Maschinenmeister treibt dazu den ganzen Tag hinter den Arbeitern her. Auch hier trägt die Verwaltung die Schuld, da dem Maschinenmeister zu wenig Leute zur Verfügung stehen. Es wird auch hier so gehandelt, als ob keine Arbeiter zu bekommen wären. Allerdings, wenn jetzt keine Krise wäre, dann würde es schwer sein, Arbeiter bei dieser Ausbeutung und diesem niedrigen Lohn zu erhalten.

Auch die hygienischen Einrichtungen lassen viel zu wünschen übrig. So sind 5 Mann auf der Kläranlage, die sich wöchentlich in ein Handtuch teilen müssen. Bedenkt man die besonders schmutzige Arbeit, die verrichtet werden muß, wo sich die Arbeiter vor jeder Mahlzeit gründlich reinigen müssen, dann wird man den Arbeitern beipflichten müssen, daß sie jede Woche pro Mann ein Handtuch fordern können. Noch eines weiteren Mißstandes sei hiermit Erwähnung getan. Warum erhalten die Arbeiter der Kläranlage keine Schränke zum Aufbewahren der Kleidung und der Gewaren? Für das Maschinenpersonal ist doch alles da. Sind diejenigen, die gerade die schmutzige Arbeit verrichten müssen, wohl weniger wert? Fast scheint es so. Während alle übrigen städtischen Arbeiter an Lohnzahltagen schon vor 6 Uhr ihren Lohn erhalten, müssen die Arbeiter der Kläranlage oft lange nach 6 Uhr auf ihren Lohn warten. Wer vergütet den Arbeitern die veräumte Zeit? Wenn die Arbeiter des Morgens eine halbe Stunde nach 6 Uhr zur Arbeit erscheinen würden, dann würde man ihnen die veräumte Zeit vom Lohne kürzen. Wobin muß auch hier den Arbeitern die Zeit, die sie auf ihren Lohn warten müssen, als Überstunde vergütet werden.

Auch ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß den Arbeitern der Kanalisation und des Wasserwerks Maffee geliefert wird. Der jetzige Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Jetzt sind die Arbeiter gezwungen, in den Wirtschaften ihren Durst zu löschen, was aber weder im Interesse des Geldbottels der Arbeiter noch im Interesse des Betriebes liegt. Kommt ein Aufseher und trifft die Arbeiter in der Anebe, dann wird Bestrafung gemacht. Dabei wird aber vergessen, daß den Arbeitern kein anderer Weg übrig bleibt. Erhalten die Arbeiter aber in angemessener Weise Maffee geliefert, dann ist der mißliche Zustand beseitigt. Hoffen wir, daß dies in Kürze geschieht.

Auch aus den übrigen städtischen Betrieben ist nichts Gutes zu berichten. Von einer Veröffentlichung wollen wir diesmal Abstand nehmen und erst abwarten, welche Wirkung das hier Mitgeteilte hat. Aber das können wir der Stadtverwaltung gleich vorweg sagen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Den städtischen Arbeitern sei hiermit aber wiederholt gesagt: Nur eine gute Organisation allein ist imstande, eine Verbesserung der jetzigen Verhältnisse herbeizuführen.

Rus dem Lager der Gelben.

Am Freitag, den 1. September, trat in Waldenburg i. Schl. ein Vertretertag der Reichstreuen Arbeitervereine Deutschlands zusammen. Die Vorbereitungen dazu sind in verhältnismäßiger Eile betrieben worden. Das wird man begreiflich finden, wenn die Leser von folgendem hochwichtigen Schriftstück Kenntnis nehmen, das die Breslauer „Volkswacht“ zu veröffentlichen in der Lage ist.

Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens.

Niederfahrt über die Vorstandswahl vom 11. Juli 1908.

Anwesend die Herren: Dr. Grunenberg (Generaldirektor), Vorsitzender, Koeller (Verwertungsdirektor), Tittler (Verwertungsdirektor), Dr. Weitemann (Verwertungsdirektor), Köhner (Verwertungsdirektor), Daniloff (Verwertungsdirektor), Liebeneiner, Walzer (Verwertungsdirektor), Albrecht (Verwaltender), Lege (Verwaltender), Kammer.

Entschuldigt die Herren: Sprotte (Gewerkschaftspräsident), Edel (Verwertungsdirektor), Dr. Gaertner, Meindorf (Regierungsrat), Arens.

In Punkt 1 der Tagesordnung - Stellungnahme zu dem Gesuche des Sekretariats des Verbandes der reichstreuen Bergarbeitervereine um Lösung von Verträgen zur Veranstaltung eines Vertretertages der reichstreuen Arbeitervereine Deutschlands - teilte der Vorsitzende mit, daß es sich im vorliegenden Falle um das Gesuch handle, das der Arbeitersekretär Ermert unterm 27. Juni einer Anzahl von Adressaten zugesandt hat, unter denen sich auch der größte Teil der Anwesenden befindet. Daraufhin ist den dem Verband angehörigen oder anstehenden Persönlichkeiten, soweit sie von Herrn Ermert angegangen sind, von Vereins wegen mitgeteilt worden, daß über dessen Verlangen in einer nächsten Sitzung beraten und über das Ergebnis weitere Nachricht gegeben wird. Sowohl die Höhe der Summe, um deren Aufbringung es sich handelt, als auch die Annahme, daß den Hauptteil der Verband bei zustehen haben werde, sprachen seiner Ansicht nach für eine gemeinschaftliche und einheitliche Behandlung der Sache.

In seinen weiteren Ausführungen gab zunächst der Vorsitzende das von Herrn Ermert eingeforderte Verzeichnis der Adressaten bekannt. Weiterhin aber tadelt der Vorsitzende, daß Herr Ermert es verabsäumt hat, vor Abfassung des Gesuchs mit den führenden Persönlichkeiten der Verwertungsindustrie in Verbindung zu treten, trotzdem die vorher ausgesprochene Vermutung, daß der Verband den Löwenanteil der Beiträge zu leisten haben werde, bestätigt ist. In dieser Hinsicht sind Herrn Ermert bereits Vorhaltungen gemacht worden, deren Verächtlichung er erkannt hat.

Ob der Zeitpunkt der Veranstaltung als geeignet zu bezeichnen ist, darüber können nach Ansicht des Vorsitzenden die Meinungen geteilt sein, aber die Aufsidigung des Vertretertags erscheint so wohl wegen der bereits geschehenen Zeichnung von Beiträgen, als auch wegen des ungünstigen Eindrucks, den das Unterbleiben auf die anderen Arbeiterorganisationen machen würde, nicht mehr angängig. Deshalb werde das Gesuch nicht einfach abzulehnen sein, und er schlage vor, an Stelle einzelner persönlicher Beiträge einen Gesamtbetrag von seiten des Vereins zu bewilligen, mit dem sich der Verband abzufinden hat. Die dem Vernehmen nach beachtliche vollständig freie Bewirtung der Vertreter einschließlich des Ertrages der Reichstoten, woraus sich die im Gesuch genannte Summe erklärt, gebe zu weit.

Die Auffassung des Vorsitzenden über die Eigenmächtigkeit der Handlungsweise des Herrn Ermert fand in der sich anschließenden Erörterung, an der sich hauptsächlich die Herren Verwertungsdirektor Walzer und Köhner beteiligten, allseitige Zustimmung. Die Höhe des Vertrags wurde auf 1500 Mk. festgesetzt. Schließlich wurde auf Antrag des Herrn Direktors Köhner beschlossen, an den Verbandsvorstand der reichstreuen Bergarbeitervereine ein Schreiben zu richten, in welchem zunächst dem Verfremden über das anscheinend eigenmächtige, allen Interessierten überrauschend gekommene Verlangen des Verbandsssekretärs Ermert Ausdruck gegeben und zur Voraussetzung der Bewilligung der Summe von 1500 Mk. gemacht werden soll:

1. daß der Verein für die bergbaulichen Interessen nachträglich Mitteilung erhält über Art und Umfang der geplanten Veranstaltung;
 2. daß ein Beschluß des Verbandsvorstandes über die Abhaltung des Vertretertages in Waldenburg beigebracht;
 3. daß ein unter Zuziehung von Vertretern des bergbaulichen Vereins zu bildendes Komitee über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel beschließt und Rechenschaft gibt.
- Weiter es nach eines weiteren Bewerkes, daß die Gelben nichts als eine von den Internehimern ausgeschaltete Schutztruppe des Gewerkschafts?

Auf der geheimen Tagung der Gelben waren die Patrioten recht zahlreich vertreten, und kamen wie Landrat Fischer v. Jedlitz, Regierungsrat Meindorf, kommandierender Berginspektor Fricke und andere hervor, welche umgekehrte Stellung zwischen Herr und Macht in diesem Lager bezieht. Das Ergebnis dieser hitzigen Beratung ist in einigen Resolutionen festgelegt. Resolution I. „Der einzelne Arbeiter ist den Forderungen und Gewalttätigkeiten der Sozialdemokratie immer ausgelegt. Jeder

verkommene Fall muß sofort beim Vorsitzenden des Vereins und beim Arbeitersekretariat zur Anzeige kommen, damit diese gegen die betreffenden Personen vorgehen können. Wo mehrere nicht-sozialdemokratische Arbeiter zusammen energisch auftreten, werden Verhaftungen nicht vorkommen. Die Betriebe, über welche die Sperre verhängt ist, müssen sofort Arbeiter erhalten, welche dann auch dort bleiben. So müssen sich allmählich mehr Betriebe mit reichstreuen Arbeitern bilden, dann wird sich bald herausstellen, welcher Betrieb besser arbeitet, der mit sozialdemokratischen oder mit reichstreuen Arbeitern.“

Resolution II. „Die Hauptversammlung gibt ihrer Ansicht Ausdruck, daß die Bundesvereine ihrer ganzen Zusammensetzung und ihren Bestrebungen nach eine Gemeinschaft von Männern darstellen, die es nicht nur mit der Freie zu Kaiser und Reich, sondern auch mit ihrer Stellung zur Kirche ernst meinen. Die Hauptversammlung bedauert deshalb daß einzelne Gewerkschaften die idealen wie die wirtschaftlichen Zwecke des Bundes verlassen und einseitig für bestimmte Arbeiterberufsvereine und gegen den Bund Stellung nehmen und damit die Einigkeit in der herrlichen Gemeinschaft in Frage stellen.“

Resolution III. Die Hauptversammlung billigt das bisherige, auf den Frieden unter den antisozialdemokratischen Berufsvereinen gerichtete Bestreben des Verbandes und der Gewerkschaften, erwartet aber auch, daß der besondere Standpunkt des Bundes stets unterschieden gewahrt werde.“

Die beiden letzten Resolutionen zeigen den lebhaften Wunsch, die rein konfessionellen Arbeitervereine in das Sammelbecken der Reichstreuen zu leiten, um auf diese Weise eine einzige große gelbe Marke zu schaffen.

Wir jetzt noch weiter bekannt wird, sollen an der Generalversammlung 16 Delegierte teilgenommen haben, die 75 Vereine mit 10000 Mitgliedern vertreten. Die gelben Organisationsstellen sollen sich auch auf die Frauen und auf die jugendlichen Leseschulen beziehen; überhaupt scheint man in Waldenburg recht hochliegende Pläne zu haben; daß und Wirt gegen die sozialistisch organisierte Arbeitererschaft wurde in Mitleid verprägt. Das nimmt nicht wunder, denn die von den schließlichen Gewerkschaften ausgeschalteten Delegierten mußten doch etwas für die zweitägige Unterfütterung leisten, sie mußten sich die Gunst der Kapitalisten verdienen.

Bei diesem reichstreuen Verbandstage ist auch ein recht großes Schlaglicht auf die herrschenden Dunderischen Gewerkschaften gefallen. An dem Feste, das zu Ehren der gelben Tagung abgehalten wurde, nahm auch der Gewerkschaftsverein der Fabrik- und Handarbeiter Waldenburg (Duisch-Land) offiziell teil. Darüber war die freimütige Freie zum Teil sehr ungenötigt und besaßte sich, zu verhindern, daß die Größe mit dieser Beteiligung keineswegs einen Vertrat an ihren Prinzipien verliert hätten. Der Arbeiter wirkt komisch. In Schließen wech die freigeorganisierte Arbeitererschaft teil nehmen, daß die Dunderischen Gewerkschaften ein recht erquickendes Betätigungsfeld für die Gelben sind, und darum wundern man sich auch gar nicht mehr, wenn einmal ein ganzer Gewerkschaftsverein mit steigender Fahne ins Lager der Reichstreuen abwandert!

Rus den Stadtparlamenten.

Ostra. Magistrat und Stadtvorordnetenkollegium beschlossen, den im freien Dienst stehenden städtischen Arbeitern einen jährlichen Sommerurlaub je nach ihrer Dienstdauer zu gewähren. „Bei guter Führung“ erhalten die Arbeiter fünfzig nach zehnjähriger Dienstzeit 3 Tage, nach hnjähriger 5 Tage und nach hnjähriger 7 Tage Urlaub unter Fortwahrung des üblichen Tagelohnes. Näheres wird die „gute Führung“ der Magistratsberren beim Urlaubverleihen gleichfalls zur Bedingung gemacht!

Starorube. In der letzten Bürgerauschussung wurde die Frage der Gehalts- und Lohnerhöhungen berührt. Bürgermeister Köhrenbach subte dabei u. a. aus, daß es noch nicht möglich gewesen sei, die Vorlage wegen der Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter dem Bürgerauschuss zu unterbreiten, bedauere die Stadtverwaltung selbst lebhaft; indes sei der Überbürgermeister durch die gleichzeitige Tagung der Eisten Kammer in diesem Sommer zu sehr in Anspruch genommen gewesen. Die Vorberhebungen für die Durchführung der Aufbeterung seien übrigens bereits gemacht, so daß nach Auftritt des Überbürgermeisters aus dem Urlaub jene Vorlage zu erwarten sei. Auch die soziale Kommission werde demnächst wieder einberufen werden. Stadtv. Auby erklärt, daß die Vorlage wegen der Erhöhung der Löhne der Arbeiter wie auch wegen Aufbeterung der Gehälter der städtischen Beamten schon längst dem Bürgerauschuss hätte vorgelegt werden müssen, zumal die Mittel im Frühjahr bewilligt worden seien. Bürgermeister Köhrenbach bemerkt weiter, daß die Vorlage wegen Erhöhung der Beamten und Arbeiterbezüge auch deshalb noch nicht erwartet werden sei, weil Sand in Sand mit diesen Anträgen eine entsprechende Umgestaltung der jetzigen Beamten- und Arbeiterstatute vorgenommen werden müsse. Schließlich habe der Stadtv. mit vor wenigen Wochen sein Beamtenrecht auf vollständig neue Grundlagen ge-

stellt, die bei der Umarbeitung des städtischen Beamtenstatuts zu berücksichtigen seien; denn der Bürgerausschuß werde wohl mit dem Stadtrat in der Auffassung einig gehen, daß unsere städtischen Beamten und Arbeiter in ihren Rechten und Bezügen nicht hinter den entsprechenden staatlichen Angestellten zurückbleiben dürfen. Nun mag sich der zurückgekehrte Herr Oberbürgermeister — ohne den anscheinend in Marktsube nichts geschieht — endlich etwas anstrengen und die Vorlagen beschleunigen!

Wienberg. Den von der Stadtgemeinde eine Unfallrente beziehenden Personen wird bisher, wenn sie eine weitere städtische Stellung mit vollem Lohne erhalten, der Betrag der Unfallrente abgezogen. Es ist nun angeregt worden, eine Änderung hierin vorzunehmen.

Mitzdorf. Eine wahre Angst verriet ein Teil der bürgerlichen Stadtverordneten in der letzten Sitzung der Deputation für das Feuerlöschwesen, Straßenreinigung usw., weil vielleicht die städtischen Straßenreiniger eine indirekte Gehaltsaufbesserung um jährlich drei Mark dadurch erhalten könnten, daß ihnen zu den bisher schon gewährleisteten Dienstlösen und Raben auch noch Dienstbesen geliefert werden! Der genannten Deputation lag nämlich in der letzten Sitzung ein dahingehender Antrag vor, gegen den von einigen bürgerlichen Vertretern von vornherein in wütender Weise Sturm gelaufen wurde. Diese Volksvertreter erklärten, es würde eine Zulage der Straßenreiniger bedeuten, und die Folge könnte sehr leicht sein, daß auch andere Kategorien der städtischen Arbeiter nach Annahme dieses Antrages dasselbe beantragen könnten; deshalb müsse man den Antrag ablehnen. Ihren Höhepunkt erreichte jedoch diese Wut, als ein Antrag des Magistrats zur Verhandlung stand, der verlangte, daß man für die Straßenreiniger Unterstände beschaffen solle, damit diese bei Sturm und Wetter nicht nützlich hätten, ihre Kaufen, ganz besonders bei Nachtzeit, vor verschlossenen Haustüren auf offener Straße zu verbringen und auch dort ihre Mühsal einzunehmen. Die Durchführung dieses Antrages würde als eine Unmöglichkeit bezeichnet; man könne keine Gelder dafür aufwenden, es wären auch keine Gelder dazu vorhanden, ja man wäre nicht daran, wenn diese Anträge angenommen würden, auch bald die Stiefel und die Unterhosen zu liefern. Das sind Gründe, mit denen jene Vertreter im Stadtparlament zu operieren wagten, trotzdem eine ganze Anzahl anderer Städte diese Dinge längst eingeführt haben.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Dem von der Berliner Stadtverwaltung subventionierten Arbeitsnachweis ist auch eine Abteilung für Vermittlung städtischer Arbeiter angegliedert. Naiv denkende Gemeinderäte glauben, daß aus diesem Zusammenhange heraus auch die in irgendeinem städtischen Betriebe fehlenden Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis bezogen werden. Dem ist leider nicht so. Diese ganze Einrichtung bleibt ein in der Theorie wunderlicher aussehendes sozialpolitisches Dekorationsstück. Von allen Verwaltungsbeamten bekommt sich kein einziger darum, daß er gehalten ist, den Arbeitsnachweis zu benutzen. Im Gegenteil, es ist (speziell ungeschicktes) Gesetz, einen Arbeiter, der schon einmal in städtischen Diensten beschäftigt war, nicht wieder einzustellen. Die Anordnung des Magistrats, wonach nur solche Arbeiter in städtischen Dienst genommen werden dürfen, die seit einem Jahr in Berlin ansässig sind, wird nebenher auch nicht beachtet. Wie der junkerliche Großgrundbesitzer aus bekannten Gründen russische und polnische Arbeiter bevorzugt, so die städtischen Verwaltungsorgane die Arbeiter aus den Weidenden Chelviens. Wenn schon die geschilderten Tatsachen zu einer berechtigten Kritik veranlassen, so hat die Verwaltung des Gaswerks Dampfer Straße noch ein übriges dazu an sozialpolitischer Nachsichtlosigkeit geliefert. Die Zeiten wirtschaftlichen Niederganges lassen den Herren den Mann schwellen. So wurde letzten einer Reihe von Arbeitern, die man zu beschäftigen bereit war, die Papiere abgenommen. Zwei Tage später erst wurden sie zum Arbeit bestellt. Doch nicht allen wurden die Kopfnagel erfüllt. Einem Arbeiter, der vor zwei Jahren schon einmal in Gaswerk angenommen werden sollte, damals aber anderer lohnender Arbeit wegen seine abgegebene Anwesenheitskarte wieder abgeholt hatte, wurden die Papiere wieder zurückgegeben. Wie die Tatsachen beweisen, läßt man sich behäbig Zeit, die gewünschten schwarzen Listen zu Rate zu gehen, um solche Stunden mit der Dampferstraße zu kratzen. Wenn aber schon wegen solcher Kappellen die Bürger der Stadt von der Arbeit in städtischen Betrieben ausgeschlossen werden, so ist das doch wohl als ein unerbittlicher Terrorismus zu bezeichnen. Die Stadtverwaltung wendet auch in dieser Beziehung die Mahnen des Sozialkapitals. Der stammenden Mittel gegenüber nimmt man in sozialpolitischen Dekorationsstücken. Doch die verantwortlichen Stellen kümmern sich gar nicht darum, daß die Theorie auch in die Praxis umgesetzt werde. Erst, wenn alle städtischen Arbeiter selbst den blauen Linn durchschaut haben und dementsprechend handeln, kann hier Abhilfe geschaffen werden. Nur wenn eine starke Organisation vorhanden wird durch Mittelung eines politischen Arbeitervereins solche brutale Zerknirschungen von der Bildfläche verschwinden.

Berlin. Unsere Filiale hielt am 8. September eine leider schwach besuchte Versammlung ab. Verschuldet ist diese wohl durch den leidigen Umstand, daß ein Teil der Mitglieder nicht, wie zu verlangen, die „Gewerkschaft“ gründlich liest. Das ist jetzt aber um so notwendiger, als die Einladung zu den Filialversammlungen nicht mehr durch Handzettel, sondern nur durch Annonce in der „Gewerkschaft“ erfolgt. Der Gewerkschaftssekretär Wiebel hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Genossenschaft — ein Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiter.“ In klarer Weise zeigte der Referent, daß durch die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen die Interessen der Arbeiter nur gewahrt bleiben, soweit sie als Produzent in Frage kommen. Die auf dieser Seite errungenen Vorteile werden aber zum Teil durch die kapitalistischen Organisationen aufgewogen, die als Syndikate, Kartelle, Verkaufvereinigungen den Arbeiter als Konsument die Warenpreise diktieren. Dadurch ist die Arbeiterklasse in die Notwendigkeit versetzt, in Konsumentenorganisationen seine Interessen zu wahren. In kurzen Worten schilderte dann der Vortragende den Wert und den Nutzen der schon bestehenden Konsumvereine, Großverkaufsgesellschaften für die beteiligten Mitglieder. Mit der Aufforderung, auch in Berlin mehr wie bisher an dem Ausbau der genossenschaftlichen Konsumvereine mitzuarbeiten, schloß der Referent. — Eine anschließende, im Sinne des Referats gehaltene Diskussion folgte dem Gehörten. Unter „Verbandsangelegenheiten“ erinnerte Hoff. W. u. H. an die Durchführung des Reichstages der Ortsverwaltung, wonach die Mitgliedsbücher in Händen der Mitglieder bleiben müssen. Damit erst können die immer wieder entstehenden Differenzen zwischen den Beitragszahlern und Mitgliedern aus der Welt geschafft werden. In kurzen Zügen folgte dann Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung.

Berlin. (Öffentliche Beleuchtung.) In einer am Sonntag, den 6. September, stattgefundenen gutbesuchten Versammlung nahmen die Kollegen den Bericht des Arbeiterausschusses der Sitzung vom 16. Juli entgegen. Infolge der willkürlichen Maßnahme des Beleuchtungsinspektors war ohne Anhörung des Arbeiterausschusses die Arbeitszeit für eine größere Gruppe geändert worden. Um nun zu verhindern, daß in Zukunft weiter so verfahren wird, war ein Antrag gestellt, der forderte, daß bei Änderung der Arbeitszeit als auch bei Entlassung größerer Gruppen von Arbeitern der Arbeiterausschuß zuvor gehört werden soll und einen dahingehenden Zusatz zum § 7 der Arbeitsordnung hinzuzufügen. Die Direktion lehnte diesen eigentlich als selbstverständlich zu betrachtenden Antrag mit dem üblichen Auspruch: „Man muß nicht entsprechen werden,“ ab. Die Verweigerung der Bezahlung der Pausen für die bei der Preßgasbeleuchtung beschäftigten Hausmannschaften wurde gleichfalls abgelehnt. Ferner hatte der Arbeiterausschuß um präzisere Antwort auf den in der Sitzung vom 10. März er. gestellten Antrag in bezug auf das Koalitionsrecht ersucht. Darauf wird folgender Bescheid gegeben: „Es ist selbstverständlich, daß kein Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Organisation und kein Mitglied des Arbeiterausschusses aus Anlaß der Vertretung der Arbeiterinteressen eine Entlassung zu gewärtigen hat.“ Für die Kollegen gibt es jetzt keine Ausrede mehr! — Seit kurzem nun müssen die Arbeiter des Morgens sich in den einzelnen Sammelstellen zur Arbeit einstellen. Bisher war es üblich, daß alle zu Arbeitsanfang sich in der Neuen Friedrictstraße einfanden. Von heute nun, wenn ein bisheriger Modus geändert wird, annehmen können, daß die einzelnen Sammelstellen entsprechend auch eingerichtet werden. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Deshalb beantragten die Kollegen in einer am 3. September stattgefundenen Sitzung, folgende Gegenstände in den Unterkaufsräumen aufzustellen: Spinden zur Aufbewahrung von Werkzeug und Kleidern, Tische und Stühle, Heizmaschinen, Waschbecken, Handtücher und Seife, Aushängung der Arbeitsordnung und des Reglements für den Arbeiterausschuß. Alles Dinge, die sich von selbst verstehen. Doch nicht bei dem Beleuchtungsinspektor. In der Sitzung war er für die Tische und Stühle und erklärte mit Wehrdigung, daß das bereits beantragt ist. Jedoch bei den übrigen Dingen wurde er stumm. Es war aber auch zuviel verlangt, daß der Mann, wo im Winter gleichfalls gearbeitet wird und gerade in diesen zum Teil aus Holz bestehenden Räumen eine Dundeftakte herrscht, auch dann gehet um muß. Dergleichen auch in bezug auf die Waschlöcher. Öffentlich hat die Direktion ein größeres Verständnis für die Anträge. Allseitige Zustimmung herrscht unter den Kollegen, daß sie für die Meinung dieser Punkte 15 resp. 20 St. monatlich zahlen müssen. Ein weiterer Punkt war die Entschädigung von Zahrgeldern an weit abgelegene Bezirke. Dem Anschein nach wird dieser Antrag auf ein Entgegenkommen rechnen dürfen. Es wäre auch stark, wenn man diesen Antrag ablehnt. Gebraucht doch mancher vom Sammelplatz nach der Neuen Friedrictstraße und wieder zurück ca. 2½ bis 3 Stunden. Bekanntlich erhalten der Beleuchtungsinspektor und die Oberkontrolleure auch Zahrgelder! Hier würde es kaum sein, daß man die Summe dieser Zahrgelder einer Forderung unterzieht, und dabei zu dem Schluß gelangt, daß durch die Lösung von Monatslöhnen bedeutende Ersparnisse er-

zielt werden würden. Doch hierin wie auch im oben angegebenen neueingeführten System spielt Geld keine Rolle. Dieser reichte der Raum in der Neuen Friedrichstraße aus. Jetzt müssen zum Teil Neuanschaffungen gemacht werden und außerdem bleibt der Raum unbemittelt liegen, die Miete muß aber bezahlt werden. Ebe Neueinführungen gemacht werden, soll man sich zuvor über die Kosten klar sein. Auch soll das System, wie allseitig zugesagt wurde, durchaus nicht praktisch sein und auch sich nicht bewähren. Die Antwort der oben gestellten Anträge muß abgewartet werden. Davon hängt die weitere Stellungnahme ab. — Von den Schloßern am Strolauer Platz wurde lebhaft Mlage geführt über die Behandlung durch den Montrelleur Peterding. Dieser Herr scheint zu vergessen, daß er es mit Menschen zu tun hat. Wendet er sein Benehmen nicht, so wird noch ein anderer Herr sein mit ihm zu reden sein. Unter anderem äußerte Herr D. zu einem Zuhörer: „... Sie wollen sich nur an der Arbeit festhalten, damit sie recht lange währt.“ Aus seiner früheren Tätigkeit als Helfer scheint ihm noch erinnerlich zu sein, wie er sich an den Mandelbären schickte. Daß Herr D. Schloßerarbeiten richtig bewerten kann, wird stark bezweifelt. Auch sonst hat er sich zum Prinzip gemocht, auf den Harperten zuzuschreiben. Dies Recht meißt er sich an, obwohl es ihm nicht zusteht. Er „berichtet“ die Arbeit einfach, und weh, wer sich weigert. „Er springt sonst mit ihm ganz anders um.“ Wir wollen hoffen, daß Herr D. sich bessert. Die Regelung der Mietfälle soll auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden. Die Angelegenheit Cwerl wurde den Vertrauensleuten zur weiteren Erledigung überwiesen. Bekannt wurde gegeben, daß wofas Montrelle die Mitgliedsbücher eingezogen werden sollen. Kollege Busacker erläuterte dann noch kurz die Forderungen zum nächsten Etat und schloß mit der Aufforderung, wenn es ernst sei mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, für Stärkung und Ausbreitung unserer Organisation Sorge tragen müße.

Ghemmitz. Am Samstag, den 5. September, tagte eine gut besuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter, im Gasthaus Wicentbal. Als Referent war Kollege Karole Frankfurt a. M. erschienen. Die Tagesordnung lautete: „Die Arbeiterpolitik der deutschen Stadtgemeinden“. — Medner gab ein umfassendes und interessantes Bild der Entwicklung der städtischen Betriebe im allgemeinen und der Arbeiterpolitik im besonderen. Die Kollegen sollten mit offenen Augen darüber wachen, damit ihre Lohnforderungen zur Durchführung gebracht werden. — Zur Diskussion sprachen mehrere Kollegen im Sinne des Referats. — Unter „Gewerkschaftliches“ entspann sich eine lebhafteste Debatte. Unter anderem wurden Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Hier waren es besonders die Straßenreiniger, die noch mit einem Stundenlohn von 25 bis 32 Pf. dastehen. Ein Kollege der Gasanstalt beschwerte sich wegen der Arbeitszeit, da er schon ziemlich 1 Jahre im Betriebe beschäftigt ist und noch keinen Urlaub erhält, obwohl er schon berechtigt ist, mit 3 Jahren Urlaub zu erhalten. Auch die Verschleppung unserer Lohnforderung wurde mit vorgebracht. Die Kollegen erklärten hierin eine Zurücksetzung. Sie verpflichteten sich, mit allem Ernst und Eifer für ihre Lohnforderungen einzutreten und nicht eher zu ruhen, bis diese erfüllt sind. Zum Schluß äußerte Kollege Karole noch aus, daß die Kollegen einig untereinander sein müssen, sich nicht zu unüberlegten Schritten hinreißen lassen, sondern mit Veronnenheit den 1. Oktober abwarten. Es gilt die Organisation zu stärken und zu stärken, sowie die „Volkstimme“, die Arbeiterpresse, zu lesen. Der Vorsitzende, Kollege Heintz, ermahnte nochmals alles das zu beherzigen und auch danach zu handeln. Einige Kollegen wurden in unseren Verband aufgenommen.

Am Dienstag, den 8. September, fand eine gut besuchte Besprechung der Gasarbeiter im Restaurant Zschischer Reiter, Mandelbärenstraße, statt. In dieser war Kollege Medel Berlin erschienen, der besonders auf den Artikel in der „Volkstimme“ einging: „Der Herr Direktor Weberg auf dem Striegschaf“. Ziehend äußerte Medner hier aus, daß der Herr Direktor Weberg als städtischer Straßenbahnbeamter sich Recht bekaufte anzuheben, die ihm als städtischer Beamter gar nicht zuzukommen. Vielleicht ist dem Herrn Direktor auch der § 151 der Gewerbeordnung bekannt? Einige Kollegen meldeten sich zum Wort und äußerten an, daß es noch Kollegen unter uns gibt, die sich das Werbematerial und Werkzeug kaufen. Eine Kollege weiterer Hinweis wurde zutage gefördert. Alle diese Fälle tragen deutlich genug, wie notwendig es ist, auch den letzten Kollegen der Organisation zuzuführen. Ein Kollege wurde in den Verband aufgenommen.

Erlangen. Unser Verbandskollege V. Meißmann ist seit Anfang August spurlos verschwunden. Er war bei der städtischen Gubenentleerung beschäftigt, hörte nach einem Zerwürfnis mit seinem Betriebsleiter selbst auf und erhielt auch von unserer Filiale die Erwerbslosenunterstützung. Vergeblich bemühte er sich nun um anderweitige Arbeit. Auch vom städtischen Bauamt wurde er von Waurat Wille barisch abgewiesen. Am 3. August stand er früh auf, ohne seiner Frau von irgendwelchem Vorhaben Mitteilung zu machen, und verschwand. Diese meint jetzt Tag und Nacht und befürchtet, er könne Selbstmord begangen haben, was

immerhin nicht ausgeschlossen erscheint. Der Kollege trat am 1. Mai 1903 unserer Organisation bei (Haupt-Nr. 16602, Orts-Nr. 12). Er ist am 8. Juli 1872 geboren. Falls irgendwelche Nachricht auflaucht, wolle man an den Filialvorstand Radrich gelangen lassen. — Auch sonst ist wenig Erfreuliches aus unseren städtischen Betrieben zu berichten. Gaswerk, Stadtgärtnererei usw. sind größtenteils von Leuten aus der Umgebung besetzt, die hier nicht wohnen, noch Umlagen bezahlen. Es werden doch sonst die Interessen der Hausbesitzer ganz energisch vertreten! Niemand sorgt aber dafür, daß Leute, die hier wohnen, auch beschäftigt werden. Auf der einen Seite schimpft man über die Leute, auf der anderen wird sie großzügig dadurch, daß man die Leute nur so herbeilodt vom Lande; warum, weiß man ja! Angehts dieser Dinge sollten sich alle Kollegen aufpassen und treu zur Organisation stehen!

Kübel. Eine Versammlung unserer Filiale fand am 4. September statt. Zunächst schiederten der Vorsitzende Mempel und Kollege die Verhandlungen, die sie mit der Behörde gepflogen haben. Da es aber die Behörde unterlassen hat, ihrem Versprechen gemäß binnen acht Tagen Bescheid zu geben, konnten sie genaueres nicht berichten. Raddem Kollege, Licht das Verhalten der Behörde scharf kritisiert, wurde die Aufstellung einiger Mandatanten zu den Betriebsauswahlgewahlen vorgenommen. Als Vertreter für die Zieh- und Wegbauabteilung wurden Mohl und Tedenburg gewählt. Weil aber vom Wasser- und Manalbau nicht viel Kollegen vorhanden waren, wurde diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung verschoben. Als Revisoren wurden die Kollegen Geiß und Sündt gewählt. Sodann wurden dem Kollegen M. 15 M. Unterstützung bewilligt. Nach längerer uninteressanter Debatte wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen. Anwesend waren circa 60 Personen.

Magdeburg. In der am Dienstag, den 1. September, bei Lichteisfeld stattgefundenen Versammlung der Arbeiter der Straßenreinigung und Manalifikation besetzte sich Kollege Strunk mit unserem Antrag an den Magistrat zwecks Verbesserung unserer jetzigen Arbeitsordnung und Lohnzulage. Mit den Ausführungen des Referenten war die Versammlung durchaus einverstanden. Im weiteren wurden dann die Mandatanten für die demnächst stattfindenden Arbeiterauswahlgewahlen aufgestellt. Einer scharfen Kritik wurde die von der Verwaltung des Manalbetriebsamts gebilligte, der Arbeitsordnung widersprechende Wahl des Arbeiterausschusses unterzogen und beschlossen, die Ungültigkeit der Wahl beim Magistrat zu beantragen. Zum Schluß forderte der Vorstand die Mitglieder zur reager Aquation für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf und legte durch Beispiele klar, daß es nur durch eine irreführe Organisation möglich ist, dem eigenmächtigen Handeln der Verwaltungen obenannter Betriebe Einhalt zu tun und etwaige gegen uns gerichtete Streiche abzuwehren.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die „Metallarbeiterzeitung“ feiert am 15. September ihr 25jähriges Jubiläum. Die Nr. 37 vom 12. September enthält dabei als Jubiläumsummer. Das Blatt verdankt der Initiative Carl Grillenbergers seine Entstehung, der aber selbst die Zeit für die Realisierung seines Vorhabens nicht hatte. Der heute noch lebende Redakteur des Blattes, W. Hoffmann, wurde von Grillenberger und anderen Verfassern angeregt, die Sache in die Hand zu nehmen. Es gelang auch Scherm, den Vorstand der Allgemeinen Straßen- und Straßenbesitzer der Metallarbeiter (St. Hamburg) für den Plan zu gewinnen, der den Aufruf an die Metallarbeiter zur Unterstützung des Unternehmens eine warme Empfehlung mit auf den Weg gab. Die Metallarbeiterklasse zählte zu jener Zeit 20000 Mitglieder in 200 Zählstellen. Seit dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterkongress in Frankfurt a. M. (Juni 1891) ist die „Metallarbeiterzeitung“ Organ des Metallarbeiterverbandes. Sie hat gegenwärtig circa 300000 Auflage. Die vorerwähnte Jubiläumsummer bringt historische und sonstige Beiträge von Scherm, Ruff, Zschlitz, Rebel, Plos, Zentz, Dettlinger, Umbreit u. a. Auch wir bringen der Zeitung wie dem gleichzeitigen Jubiläum, Redakteur Scherm, der seit 25 Jahren die Redaktion leitet, unsern herzlichsten Glückwunsch dar.

Der Zäunerverband hielt seinen Verbandstag vom 17. bis 22. August in Frankfurt a. M. ab. Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung, die den Verband schon lange beschäftigt, hatte der Verbandsvorstand eine detaillierte Vorlage eingereicht. Die Einführung dieses Unterstützungszweiges wurde jedoch abgelehnt, dagegen beschlossen, das vorliegende Material den Mitgliedern zu unterbreiten und am 1. April 1904 eine Abstimmung vorzunehmen. Die beantragte Einführung von Staffelleistungen war zunächst abgelehnt worden. Als jedoch später ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder keine Mehrheit fand, kam man wieder auf die Staffelleistungen zurück. Beschlossen wurde die Einführung von je zwei Beitragsklassen für männliche

und weibliche Mitglieder. Die Beiträge betragen nunmehr 40 und 50 Pf., beziehungsweise 20 und 25 Pf. Die Wahl der Beitragsklasse bleibt jedem Mitglied selbst überlassen. Die Unterstufungen wurden entsprechend den Beiträgen festgesetzt und bezüglich des Uebertritts aus der einen in die andere Beitragsklasse beschlossen, daß die höheren Unterstufungssätze erst gewährt werden, wenn in der höheren Klasse mindestens 52 Beiträge gezahlt sind, dagegen kommen bei einem Uebertritt aus der ersten in die zweite Beitragsklasse die niederen Unterstufungssätze gleich zur Anwendung. Vorstand und Redaktion wurden einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin.

Der 10. (außerordentliche) Verbandstag der Maurer fand vom 30. August bis 5. September in Hannover statt. In seinem Bericht hob der Vorsitzende Bömelburg den bedeutlichen Rückgang der Mitglieder im Jahre 1907 hervor. Dieser Rückgang habe auch im Jahre 1908 angehalten. Das 1. Quartal 1908 weist gegenüber dem 1. Quartal 1907 ein Minus von 10.385 auf, und das 2. Quartal 1908 ein Minus von 21.965. Die Ursachen des Rückgangs liegen nach Bömelburg zum Teil in der Erhebung des Ertragssteuers und den Lohnbewegungen, in der Hauptsache aber in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit im Bauhandwerk, speziell in den großen Orten, wo die Zahl der beschäftigten Personen stetig gesunken sei, während in den kleineren Orten bis 10.000 Einwohner die Zahl der beschäftigten Personen seit 1905 gestiegen sei und im gleichen Maß auch die Organisation sich entwickelt habe. In den Großstädten habe die Arbeitslosigkeit viele Mitglieder dem Verbandsverbande fernhalten können, andere seien auch in andere Verbände übergetreten. Andererseits sei zu beklagen, daß diejenigen Mitglieder, die infolge der Arbeitslosigkeit von den großen Städten aufs Land zurückwanderten, hier sich nicht der Organisation angeschlossen. — In bezug auf die Agitation wurde ein Antrag des Vorstandes und der Ortsverbände angenommen, der für den Monat Oktober in allen Zweigvereinen Versammlungen bestimmt, mit der Tagesordnung: „Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen.“ Diese Agitation soll durch ein vom Vorstand herausgegebenes Flugblatt unterstützt werden. Außerdem soll in den ersten Monaten des nächsten Jahres im ganzen Vereinsgebiet eine planmäßige Hausagitation unternommen werden. Dieser soll sich dann in den Frühjahrsmonaten wieder eine allgemeine Versammlungsagitation, unterstützt durch Flugblattverteilung, anschließen. Endlich soll nach dem Antrage im Sommer nächsten Jahres vom Verbandsvorstande eine Broschüre herausgegeben werden über die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrisen. Die Broschüre soll 5 Pf. kosten und jedes Mitglied durch die Zweigvereine verpflichtet werden, diese Broschüre zu erwerben. — Den wichtigsten Teil der Verhandlungen bildete die Tariffrage, die gleichfalls von Bömelburg behandelt wurde. Er legte diesbezügliche Thesen vor, die nach fast zweitägiger Diskussion mit allen gegen 12 Stimmen gutgeheißen wurden. Die Sitzverlegung von Hamburg nach Berlin wurde mit 161 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Der gesamte Verband wurde per Affirmation einstimmig wiedergewählt.

Rundschau.

Politische Organisation der „Arbeitgeber“. Seit Monaten hat sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ krampfhaft bemüht, für eine politische Organisation Stimmung zu machen, die im Reichstag die Unternehmerinteressen vertritt. Zwar sind die Nationalliberalen seit ihrem Bestehen von dieser Seite subventioniert, und sie mühen sich in Gemeinschaft mit den anderen bürgerlichen Parteien redlich, sich dieser Subvention würdig zu erweisen, aber das genügt den Schamachern noch lange nicht. In Nr. 36 der „Arbeitgeber-Zeitung“ läßt sich der folgende Aussperungsprojektenmacher A. Wend zu diesem Thema folgendermaßen vernehmen: „Wenn wir nicht ganz und gar von jedem geistigen Egoismus verlassen sind, so müssen wir unser Interesse genau in derselben Art und Weise politisch zu fördern suchen, wie es die anderen Berufsstände bereits tun. Wir haben also den geplanten Bund der gewerblichen Arbeitgeber an keine politische Partei anzuschließen; wir haben uns allen politischen Parteien gegenüber völlig freizubehalten und uns nur zur Richtschnur zu nehmen, daß wir bei den parlamentarischen Wahlen keinem Mandatanten unsere Stimme geben dürfen, den wir nicht als zuverlässigen Freund und der Arbeitgeber erkannt haben. Wer nicht unser Freund ist, möge sich von anderen Leuten in die Parlamente wählen lassen. Befolgen wir diese bereits von allen anderen Berufsständen, außer uns, geübte Wahltafel, so werden wir ungewisselhaft den Einfluß auf die Gesetzgebung wieder erlangen, der uns in dem letzten Decennium verloren gegangen ist. Denn daß unsere Zahl nicht klein ist, das hat in dankenswerter Weise Herr Dr. Tille in seiner Broschüre nachgewiesen. Die Prüfung, ob ein Wahlkandidat unser Freund oder unser Feind ist, darf nur auf dem Boden der Sozialpolitik erfolgen. Denn in wirtschaftlichen Fragen, z. B. in denen des Arbeitnehmers und Schutzgeldes, des Zolltarifs und der Handelsverträge, der

Truste und der Synkrate und in politischen Fragen, ob konservativ, liberal oder ultramontan, sind wir Arbeitgeber verschiedenen Sinnes; in der Sozialpolitik aber sind wir einig, und deshalb gehören die uns trennenden wirtschaftlichen und politischen Fragen nicht in die politische Organisation der Arbeitgeber hinein und müssen von dem geplanten Bund der gewerblichen Arbeitgeber streng ferngehalten werden.“ Also in der „Sozialpolitik“ ist man einig. Das soll natürlich heißen „in der Ablehnung jedweder Sozialpolitik!“ In der Tat, die bürgerlichen Parteien wetteifern auf diesem Gebiet förmlich in Hundstüden, es sei denn daß Wahlen vor der Tür stehen! Immerhin sollten die der Sozialdemokratie noch fernstehenden Arbeiter daraus die rechte Lehre ziehen und sich schon aus Notwehr in ihren politischen Organisationen eng zusammenschließen!

Christliche Agitationskosten. Aus der Abrechnung der christlichen Gewerkschaften für 1907 interessieren uns einige Angaben des christlichen Transportarbeiterverbandes, der sich seit Hirschfelds Tod einen neuen Titel angeeignet hat, um in unserem Organisationsgebiet besser im trüben zu fischen. Es wurden ausgegeben:

Für Agitation	55 007 Mk
„ Streit- und Mahnrechnungsunterstützung	51 907 „
„ Reise- und Arbeitslosenunterstützung	890 „
„ Krankengeld	4 841 „
„ Sterbegeld	1 490 „

Die Agitationsausgaben für einen Verband, der kaum 15 000 Mitglieder zählt, sind enorm. Aus Gesammtheit wird wahrscheinlich bemerkt, daß unter Agitation die Kosten für Lohnbewegungen und für Streikleitung mit inbegriffen sind. Jeder weiß aber, daß diese Ausgaben verhältnismäßig gering sind. Die Verquickung mit dem Kapitel Agitation soll nur ein Mantelchen dafür sein, daß im allgemeinen die Ausgabe für Agitation nicht die Summe von 55 007 Mk. beträgt. Völlig richtig sind die Ausgaben für Krankengeldunterstützung. Die Christlichen renommieren mit hohen Unterstützungen, in Wirklichkeit sind das bloß Aufschneidereien. Unsere Kollegen mögen in der Agitation den „Christlichen“ diese Ziffern gebüßig zu Gemüte führen.

Für die Beseitigung der Kieselfelder von Groß-Beclin tritt Karl Kade in einer besonderen Broschüre sehr lebhaft ein. Die Gesamtfläche der Kieselfelder Berlins beträgt jetzt 63 000 Morgen, durch die täglich etwa 268 000 Kubikmeter Wasser durchströmt wird. Berlin hat das Terrain der Kieselfelder für circa 33 Millionen Mark gekauft und hat bis heute noch weitere 25 Millionen Mark hineingesteckt. Würde das Gebiet mit samt den Wegen usw. verkauft, so könnten 300 Millionen Mark daraus geholt werden. Kade macht den Vorschlag, daß die Abwässer durch Kanäle in die Elbe geleitet werden sollen oder auch in die Elbe, was Kanäle von einer Länge von 70 resp. 100 Kilometer erfordern würde. Die Kostenfrage ist in diesem Plan natürlich nicht unwesentlich; aber durch Verkauf der Kieselfelder würde die Stadt sich für die neuen Auslagen reichlich decken können. Der Betrieb der Kieselfelder bedeutet nämlich für Berlin auch eine große Ausgabe; nach dem Verwaltungsbericht des Jahres 1905 hat die Grundrente der Kieselfelder in den letzten 21 Jahren nur 0,5 Proz. betragen; es sind also jährlich 3 1/2 Proz. von rund 60 000 Millionen Mark eingebüßt worden. Das wichtigste Moment zur Beseitigung der Kieselfelder ist jedoch der Umstand, daß sie schon überflutet sind mit den Pestbeulen, die die Abwässer ihnen zuführen, daß sie nicht nur immer weniger ertragreich werden, sondern daß auch die Ausdünstung der Stoffe, die die Erde nicht mehr verarbeitet, die Nachbarstadt der Kieselfelder fast unbewohnbar macht, die Ausdehnung Berlins hemmt. Große Abzugskanäle, die überdeckt und so ausgemauert sein müßten, daß keine schlechten Dünste zu befürchten wären, würden der Entwicklung der Stadt weit förderlicher sein.

Die Dirsch-Dunderschen Gewerbevereine gehen den Krebsgang. Wie aus dem Jahresbericht für 1907 hervorgeht, haben die Gewerbevereine in diesem Jahre einen geradezu schrecklichen Abfall erlitten. Die Mitgliederzahl sank von 118 508 im Jahre 1906 auf 108 889. Dagegen haben die freien Gewerkschaften, wenn sie auch unter der allgemeinen Wirtschaftskrise des vergangenen Jahres litten, doch da und dort Mitglieder gewonnen. Die absolut größte Embuke hat der Gewerbeverein der Maschinenbauer erlitten, der 7489, das ist 15 1/2 Proz. der gesamten Mitglieder, verloren hat. Bei den Bergarbeitern beträgt der Verlust 15,7 Proz., bei den graphischen Berufen 16,1, bei den Tabakarbeitern und den Pausenhandwerkern je 16,8 Proz. Die Gewerbevereine haben solche Verluste erlitten, daß es zweifelhaft ist, ob es ihnen gelingt, die früheren Mitgliederzahl in Zeiten besserer Konjunktur wieder einzuholen.

Wer mißbraucht die Krankenkassen? Auf dem Kongresse des Zentralverbandes der Erwerbslosen Deutschlands in Braunschweig wurden die Ergebnisse einer Umfrage veröffentlicht, welche die Zentralkommission der Krankenkassen im Mai 1908 über die von Unternehmern an den Massen verübten Verstößen veranstaltet hatte. Die Umfrage war an 1200 Massen gerichtet worden, von denen leider nur 213 den Fragebogen zurück-

geliefert hatten. Trotzdem ergab die Umfrage, daß in 1907 Fällen Unternehmer den Arbeitern die Summe von 161923,46 Mk. vom Lohn abgezogen hatten, ohne das Geld an die Krankentassen abzuliefern. Rechnet man hierzu noch das Drittel von 82 161,62 Mk., das die Unternehmer als eigenen Beitrag zu leisten hatten, ohne ihn abzuliefern, so ergibt sich eine Summe von 217 381,86 Mk., die unterschlagen worden ist. Und nun mögen die Schwarzmacher über den mißbräuchlichen Mißbrauch, den die Sozialdemokraten mit den Krankentassen treiben, weiter weiter!

An die geistig Trägern.
 Euch Indolenten, die ihr stets nur Hagt!
 „Es wird nicht besser, immer wirds so bleiben.“ —
 Die ihr den Kampf nicht um die Freiheit wagt,
 Euch tut ich ein Rezeptchen hier verschreiben:
 Was tut das Noß, wenn es der Reiter plagt? —
 Was macht der Hirsch, wenn ihn die Hunde treiben? —
 Was Wolf und Vire, wenn sie der Jäger jagt? —
 Und was der Jude, um ungenutzt zu bleiben? —
 Sie kämpfen alle, nur die Indolenz.
 Der Menschen ist so unverminnt eben
 Und zäumt sich selbst ein mit dem Dummheitsgum.
 Und sagt: „es wird nicht besser hier im Leben.“ —
 Ich kümmerlicher Feind uns, Unverwand der Massen,
 Wann endlich wird das Geistesjoch dich fassen? —
 D. U. „Vergewerkter-Zeitung“.

*) Dummheitsgum.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Kommunale Praxis. Wochenblatt für strommunalpolitisch und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Zückem. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 37-38. Vierteljährlich nur 3. - Mk. Prebennummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.
Die Neue Zeit. Wochenblatt der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 50. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.
Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 18 des 18. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 35 Pf., unter Anrechnung 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.
Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 19. 25. Jahrgang. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.
Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München, Senefelderstr. 4. Nr. 19. Preis pro Nummer 10 Pf.
Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Verlag: Georg Meiner. Nr. 11 des 11. Jahrg. Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag: Georg Meiner, Berlin. Nr. 12 des 13. Jahrgangs.
Der Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei versendet zwei Publikationen, die für die Bildungsarbeit des bevorstehenden Winterhalbjahres von Bedeutung sind. Nach einer allgemeinen Einleitung, in der der Rahmen der Bildungsbestrebungen bezeichnet wird, behandeln die einzelnen Kapitel den Zweck und die Organisation lokaler Bildungsausschüsse, die Einrichtung wissenschaftlicher Wanderkurse, die Propaganda für gute Jugendchriften, die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken, die Art der Vorstellungen und Anstaltende. Dem Kapitel der wissenschaftlichen Wanderkurse sind die Dispositionen einiger Vortragskurse angefügt; beim Kapitel „Anstaltende“ sind eine Reihe Programmennurke für literarische Veranstaltungen verschiedener Art abgedruckt. Den Schluß bildet der Entwurf eines Arbeitsplans für einen lokalen Bildungsausschuss. Die zweite Publikation sind die von diesen Organisationen seit Wochen erwarteten Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken. Sie enthalten als erste Serie 10 Einzelkataloge in der Preisliste von 10, 25, 50, 75, 100, 150, 200, 250, 350 und 500 Mk. Die letzte und größte Bibliothek, die außer der letzten Ergänzung von 150 Mark die Bücher aller vorhergehenden Bibliotheken umfasst, enthält 256 Bücher. Die Parteiliteratur nimmt darunter naturgemäß den größten Raum ein, doch sind auch andere Wissensgebiete, wie Geschichte, Volkswirtschaft, Naturwissenschaft, Philosophie, Technik und belletristische Literatur vertreten. Es ist zu erwarten, daß diese Kataloge das Arbeiterbibliothekwesen, vorläufig das der kleineren Orte, anregen werden. Doch wird die Anordnung der Bücher auch dem einzelnen, an seiner Weiterbildung arbeitenden Genossen manchen Fingerzeig geben. Die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3) sendet den Organisationen, Bildungsausschüssen, sozialdemokratischen Vereinen, Gewerkschaftsstellen, einzelnen Gewerkschaften, Arbeiterbibliotheken beide Druckfaden auf Wunsch zu.
Die preussische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen. Von Hermann Benzel. Buchhand-

lung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Broschüre schildert Polen, als es noch ein selbständiges Reich war, und zeigt den Werdegang bis zu den heutigen Unterdrückungsmaßregeln, welche ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben in der Annahme des Enteignungsgesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus und der Felerparagrafen beim Reichsvereinsgesetz. Preis 1,20 Mk. Agitationausgabe 60 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Molkporture.

„Wau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers.“ Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen. (Heft 17 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Das vorliegende Heft — eine Einführung in die menschliche Anatomie und Physiologie — bildet eigentlich die Grundlage für die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Nur wer einigermaßen Verscheid weiß, über den Wau und die Zusammenhänge des Körpers, die Lage und Lebenstätigkeit der gesunden Organe, wird mit dem richtigen Verständnis ausgerüstet sein für den kranken Menschen und die Krankenberührung. Preis 20 Pf. In besserer Ausstattung 50 Pf. Zu beziehen durch alle Molkporture und Parteibuchhandlungen.

„Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?“ Ein praktischer Ratgeber von Guard Graß, Arbeitsekretär zu Frankfurt a. M. Verlag von Benno Schmidt, Frankfurt a. M., Schmurgasse 36. Preis 10 Pf.

„Der Materialismus in der Medizin.“ Von Dr. med. Franz Meerschrod. Verlag Lebenskunst-Verlag, Berlin S. 59. Preis 75 Pf., Porto 5 Pf.

Neue Wechselsordnung mit dem Gesetz betreffend Erleichterung des Wechselsprothesen, gültig ab 1. Oktober 1908, nebst Gesetzesentwurf, gültig ab 1. April 1908, und Festschickgesetz, gültig ab 1. Januar 1909. Verlag: V. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenner Straße 80. Preis 1,20 Mk.

Gesundheitskalender 1909. Redigiert von Dr. Müller, Dr. Kerner und Dr. Schmitt, über 100 Seiten stark, über 300 Themen der modernen Gesundheitspflege behandelnd, mit ungefähr 100 Originalillustrationen, 4 in Vielfarbenzitiographisch gedruckten Nummern (darstellend die Augenleiden, angeborene Mißbildungen, Hautleiden, 12 Heilpflanzen), mit vielfarbigem Umschlag (Vor- und Rückseite), auch mit einer Anzahl lebendigen Aufzügen über das moderne Kurpflanzentum, über Sauglingserkrankheiten, Augenentzündungen, Alkoholfolgen usw., mit neutralem Melandramm usw., auf dem Boden der strengsten ärztlich-wissenschaftlichen Forderung stehend, die in populärer Form erklärt wird. Preis 50 Pf. Den Generalvertrieb hat die Münchener Volkswirtschaftshandlung, München, Sendlingerstraße 20, übernommen.

Briefkasten.

Sch. Chemnitz. Bitte stets nur eine Seite beschreiben! V. Gr. I

Totenliste des Verbandes.

Karl Diederichs, Hamburg † 18. August 1908 im Alter von 47 Jahren.	Hans Sarau, Hamburg † 30. August 1908 im Alter von 48 Jahren.
Ferd. Schulze, Fürstentwale † 26. August 1908 im Alter von 61 Jahren.	Friedrich Bülow, Hamburg † 31. August 1908 im Alter von 69 Jahren.
Johann Müller, Heilbronn † 20. August 1908 im Alter von 71 Jahren.	Heinrich Fischer, Köln a. Rh. † 5. September 1908 im Alter von 46 Jahren.
August Koch, Hannover † 7. September 1908 im Alter von 41 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	

Achtung! Filiale Freiburg i. Br. Achtung!
 Laut Beschluß des Filialvorstandes werden im Laufe dieses Monats die Mitgliedsbücher eingezogen. Diejenigen Kollegen, welche mit den Beiträgen im Rückstand sind, werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Um unseren Vertrauensleuten ihr Amt zu erleichtern, bitten wir die Kollegen, ihre Mitgliedsbücher stets bereitzustellen.
Der Vorstand. J. A. J. Tondre.

Verlag: In Vertretung des Verbands- und Zentralbüros: G. Kimmann, Geschäftsleiter: G. Dittmer, beide Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24. Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69